©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

32. Jahrgang 1984 Heft 4

GÜNTHER MAI

CONTAINMENT UND MILITÄRISCHE INTERVENTION

Elemente amerikanischer Außenpolitik zwischen der Griechenland-Krise von 1946/47 und dem Koreakrieg von 1950*

Der Kalte Krieg war in seinem Kern eine machtpolitische Auseinandersetzung um die Industriezentren, Rohstoffvorkommen und strategisch wichtigen Gebiete von Japan über Südostasien und den Nahen Osten bis nach Deutschland. Die zusammengebrochenen Imperien Japans und Deutschlands einerseits, die allmähliche Auflösung der englischen und französischen Weltreiche andererseits hinterließen an der Südflanke der Sowjetunion einen breiten Gürtel des Machtvakuums, in dem sich alle Konflikte des Kalten Krieges konzentrierten. Die Mächtekonkurrenz führte in dieser Zone für die Mehrheit der getroffenen Länder in die vorübergehende bzw. anhaltende Teilung[1]. Der Kalte Krieg war zugleich mehr: Seine ideologische Überformung (nicht Verursachung) reduzierte mit zunehmender Verhärtung der Konfrontation die Fähigkeit und den Willen zum pragmatischen Interessenausgleich, wertete offensive (in der Panik bzw. der Befreiungs-Euphorie des Korea-Krieges regional begrenzt auch aggressive) Konzeptionen auf, lähmte die außenpolitische Flexibilität durch die Rezeption primär militärischer Denkmuster und strategischer Prioritäten im State Department.

Die Teilung Europas (und der Welt) in Interessensphären bzw., wie man es z.T. verschämt umschrieb, in „spheres of responsibility" war letztlich schon in Teheran festgeschrieben worden. Unter dem Zwang der militärischen Verhältnisse hatten die Westmächte der Sowjetunion Zugeständnisse machen müssen, die sie zunächst aus begreiflichen, meist innenpolitischen Gründen vor der Öffentlichkeit verharmlosten, für die sie – zur Erbitterung Stalins – erst in Yalta und dann vor allem in Potsdam unter dem Druck dieser Öffentlichkeit politische und ökonomische Gegenleistungen verlangten[2]. Es wäre ein grundlegendes Mißverständnis, die reale wechselseitige Ergänzung von „containment" und „roll back" analytisch aufzulösen und in historische Phasen zu zergliedern. Die „Eindämmung" implizierte immer auch die „Befreiung"[3].

* Erweiterte und überarbeitete Fassung meiner Antrittsvorlesung, gehalten am 11.11.1981 vor dem Fachbereich Geschichtswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg/Lahn.

1 Gunther Mai, Westliche Sicherheitspolitik im Kalten Krieg. Der Korea-Krieg und die deutsche Wiederbewaffnung 1950, Boppard 1977, S. 6f., 176f. Ähnlich Foreign Relations of the United States (zit.: FRUS), 1948/I, 2, S. 546 (NSC-7); FRUS, 1950/I, S. 237 (NSC-68).

2 FRUS, Malta and Yalta, z.B. S. 95, 235ff., 677f. Francis L. Loewenstein/Harold D. Langley/Manfred Jonas (eds.), Roosevelt and Churchill. Their Secret Wartime Correspondence, London 1975, S. 668, 685, 689f., 694, 699f., 706. Vgl. Wilfried Loth, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1945, München 1980, S. 16f., 86ff.

3 FRUS, 1948/I, 2, S. 548 (NSC-7), 667 (NSC-20/4); FRUS, 1950/I, S. 253 (NSC-68). John L. Gaddis, Strategies of Containment. A Critical Appraisal of Postwar National Security Policy, New York – Oxford 1982, besonders S. 89ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Weniger die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Sowjetunion, sondern vielmehr die Ernüchterung angesichts der politischen Wirkungslosigkeit des Atomwaffenmonopols[4], angesichts des „Versagens" der Vereinten Nationen als Instrument der informellen Dominanz durch Kooperation führten den USA schmerzlich vor Augen, daß sie weder über eine differenzierte außenpolitische Strategie noch über das konventionelle militärische Instrumentarium verfügten, um ihren Gestaltungsanspruch als führende Weltmacht realisieren zu können.

Regionale Konflikte in der Frühphase des Kalten Krieges werden in aller Regel als spezifische Ausprägung einer in sich geschlossenen, fertig entwickelten Globalstrategie analysiert[5], weniger jedoch als Stufen bzw. als Phasen eines politischen Lernprozesses der USA. Daß zukünftig die Sowjetunion der Hauptkonkurrent und -gegner der USA sein würde, war weiten Kreisen der amerikanischen Regierung bereits 1944/45 einsichtig[6]. Nicht die ideologische Fixierung des neuen Feindbildes war somit das entscheidende Merkmal der Jahre 1945–50, sondern die Herausbildung außenpolitischer Strategien und die Bereitstellung des entsprechenden ökonomischen und militärischen Instrumentariums, die geeignet waren, die Lücke zwischen Gestaltungsanspruch und Realisierungsmöglichkeiten zu schließen. Die Abkehr vom Isolationismus war die Lehre aus den Fehlern der 1920er Jahre, und dafür waren die USA in den Zweiten Weltkrieg gezogen: „Wir wollen den Krieg gewinnen, und wir wollen auch den darauf folgenden Frieden gewinnen." Diese Worte Roosevelts galten nicht nur für das Jahr 1941, sie galten erst recht für den Kalten Krieg.

Die klassischen „traditionalistischen" und „revisionistischen" Interpretationen[7] der amerikanischen Außenpolitik im Kalten Krieg haben bei ihrer Beschreibung des Ziel-Mittel-Komplexes eine ausgeprägt konstante Geschlossenheit der Zieldefinition vorausgesetzt und daraus auf eine ähnlich geartete Zielgerichtetheit geschlossen. Der nur allmählich sich vollziehende Wandel der Mittel und Methoden – von der wirtschaftlichen Penetration über das politische Bündnis und die militärische Allianz bis zum Blocksystem – darf indes nicht vordergründig auf die Ebene verzögerter politischer Realisierbarkeit reduziert werden. Dies würde übersehen bzw. in unzulässiger Form vernachlässigen, in welchem Maße das offenkundige Fehlen situationskompetenter Strategien und konventioneller militärischer Macht Krisenbewußtsein weckte und dieses in Konfliktbereitschaft umwandelte, also Eskalation produzierte, in welchem Maße westeuropäische Bedrohungsvorstellungen die USA dazu verleiteten, die kurzfristig bequemer zu realisierende Lösung der hegemonialen, nicht kooperativen Dominanz gegenüber ihren Verbündeten zu wählen.

„Postrevisionistische" bzw. „pragmatischere" Forschungsansätze, die stärker die

---

[4] Vgl. Gregg Herken, The Winning Weapon. The Atomic Bomb in the Cold War, 1945–1950, New York 1982.

[5] Vgl. dazu Gunther Mai, Globalstrategie und regionale Konflikte in der amerikanischen Außenpolitik in der Frühphase des Kalten Krieges, in: Neue Politische Literatur, Beiheft 1: Ost-West-Konflikt und Friedenssicherung, hrsg. von Wolfgang Michalka, Wiesbaden 1984.

[6] Vgl. unten Anm. 108.

[7] Ernst Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, München 1974, S. 31 ff.; Loth, S. 9 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„national security mentality"[8] bzw. den „Sicherheits-Imperialismus"[9] herausstellen, erscheinen besonders geeignet, den rüstungstechnologischen Wandel[10] und Kategorien wie „Glaubwürdigkeit" und „Prestige", d.h. eher system-neutrale Fragestellungen, in die Interpretation einzubeziehen[11]. Zugleich vermögen sie durch die Auflokkerung der traditionellen Sicht von ideologischer Zielvorgabe und rationaler Mitteldefinition dem opportunistischen Selbstzweck der Macht einerseits, der inflexiblen Verhaftung an irrationalen Kategorien bzw. rationalisierten Ideologemen andererseits analytischen Wert zu verleihen. Dies kann zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von Zielen und Mitteln führen. Wird „Sicherheit"[12], d.h. Systemerhaltung und Machtausweitung, zum primären Ziel außenpolitischen Handelns, sinken die Ziele gemäß den Definitionen der Traditionalisten (Verteidigung gegen sowjetische Expansionsbestrebungen) wie der Revisionisten (Freihandels-Imperialismus) zu sekundären Zielen, wenn nicht zu bloßen Mitteln herab.

Einer solchen Umwertung bzw. Herabstufung der Ziele zu Mitteln neigt in den letzten Jahren eine Reihe von Autoren zu[13], die – offenkundig unter dem Eindruck von Vietnam und Watergate – von der Erfahrung des Zynismus der Macht geprägt sind. Ihre Untersuchungen haben – abgesehen von der beeindruckenden Quellenintensität – wichtige Fortschritte in zwei Punkten erbracht: Sie demonstrieren zum einen die völlige Unangemessenheit von politischer Strategie und militärischem Potential. Sie verdeutlichen deren allmähliche Entwicklung und Perfektionierung in einigen bilateral angelegten „test cases", besonders Griechenland und Korea[14], verkennen aber die militärische Interventionsbereitschaft als bloß ratlosen Ersatz für den Mangel an politischen Konzeptionen. Sie realisieren, wenngleich zumeist nur in Ansätzen, zum anderen die Verzahnung, nicht bloß Parallelität von asiatischem und europäischem Schauplatz, unterschätzen aber das Ausmaß, in dem in Europa entwickeltes Krisenmanagement in Asien praktiziert wurde[15]. Zu diesem unkritischen Transfer der Krisenstrategien trug zweifellos ein erhebliches Defizit an kulturellem

---

[8] Insgesamt zurückgehend auf Daniel Yergin, Shattered Peace. The Origins of the Cold War and the National Security State, New York 1977.

[9] Mai, Sicherheitspolitik, S. 182f.

[10] Vgl. William Griffith, The Superpowers and Regional Tensions. The USSR, the United States, and Europe, Lexington 1982, S. 19ff.; Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 1, München-Wien 1982, besonders S. 121ff., 163ff.

[11] FRUS, 1948/I, 2, S. 667 (NSC-20/4). Charles M. Dobbs, The Unwanted Symbol. American Foreign Policy, the Cold War, and Korea 1945–1950, Kent 1981, besonders S. ixf., 107ff., 130, 152, 167; Russell D. Buhite, Soviet-American Relations in Asia, 1945–1954, Norman 1981, besonders S. 230ff.; William W. Stueck, The Road to Confrontation. American Policy toward China and Korea, 1947–1950, Chapel Hill 1981, S. 6ff.

[12] Ernst-Otto Czempiel, Das amerikanische Sicherheitssystem 1945–1949. Studien zur Außenpolitik der bürgerlichen Gesellschaft, Berlin 1966; Mai, Sicherheitspolitik, S. 10f.

[13] Vgl. Mai, Globalstrategie.

[14] Michael M. Amen, American Foreign Policy in Greece 1944/1949. Economic, Military and Institutional Aspects, Frankfurt/M. – Bern – Las Vegas 1978, S. 3, 60, 214.

[15] Besonders Buhite, S. 211; Dobbs, S. 81, 96, 131, 135, 143ff., 153.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verständnis bei, das seine Entsprechung in dem ebenso undifferenzierten Export von Regierungssystemen und politischen Wertvorstellungen fand[16]. Zwar neigen die „revisionistischen" wie die „pragmatischen" Autoren, wenngleich mit unterschiedlicher Akzentsetzung, eindeutig der Priorität des machtpolitischen Faktors zu, der dogmatisch inflexible, ja radikale ideologische Gegensatz zur Sowjetunion hat jedoch lange Jahre einen machtpolitischen Pragmatismus be- bzw. verhindert. Dieser Rigorismus – in seiner Intensität ohne jeden Zweifel von personellen Konstellationen abhängig – stellte in den zahlreichen Krisensituationen jener Jahre eine apriorische Rationalität und berechenbare Konstanz außenpolitischer Entscheidungsprozesse in Frage. Die partielle Verselbständigung der Ideologie – sei es unter Legitimationszwang, sei es als Führungsinstrument – engte Handlungsspielräume ein, erhöhte die Risikobereitschaft, schloß Kompromißfähigkeit in hohem Maße aus.

Bei den folgenden Überlegungen gilt es, dieses schwankende, fließende Verhältnis von ideologischen und machtpolitischen Faktoren stets mit zu berücksichtigen. Vorrangig soll jedoch die Herausbildung der für die amerikanische Außenpolitik dieser Jahre spezifischen Krisen- bzw. Konfliktstrategien untersucht werden, wie sie 1950 in Korea praktiziert wurden. Ihr Hintergrund soll im wesentlichen an drei Problembereichen verdeutlicht werden: dem militärischen Interventionsdenken, dem Verhältnis von Fiskalpolitik und Militärstrategie, der Rolle der Vereinten Nationen im außenpolitischen Kalkül der USA.

I. Containment und Intervention

Neben Polen und Deutschland hatte sich schon auf der Potsdamer Konferenz der östliche Mittelmeerraum als ein weiteres potentielles Konfliktfeld zwischen den USA und der Sowjetunion abgezeichnet. Die Sowjetunion hatte sehr offen ihr Interesse an diesem Gebiet bekundet, als sie eine unmittelbare Beteiligung an der Kontrolle der Dardanellen verlangte und ihren Anspruch auf die Treuhandschaft in den ehemaligen italienischen Kolonien auf den Dodecanes und in Libyen anmeldete, zugleich auch eine Neufassung des internationalen Status von Tanger in die Diskussion einbrachte[17]. Durch die Kontrolle zumindest Nordgriechenlands war sie zugleich bemüht, so jedenfalls die Befürchtung von US-Botschafter MacVeagh, eine Landbrücke zum Mittelmeer zu gewinnen. Die USA beobachteten die britische Kompromißbereitschaft in diesen Fragen mißtrauisch[18], verdächtigten Großbritannien gar des „Appeasement"

[16] Alle Versuche, Korea in ähnlich weitreichender Form wie Griechenland mit Hilfe von Beratern amerikanischer Einflußnahme zu unterwerfen, scheiterten wie vorher in China und später in Vietnam; Mai, Globalstrategie.

[17] FRUS, Potsdam, Bd. 1, S. 651 ff., 1010 ff.; Bd. 2, S. 47, 238 f., 252 ff., 301 ff., 632 ff., 1408 ff., 1427 ff., 1441, 1458, 1493, 1510; Walter Millis (ed.), The Forrestal Diaries, New York 1951, S. 71, 97.

[18] Documents on British Policy Overseas, ed. by Rohan Butler et al., Ser. I, vol. 1, London 1984, S. 495 f., 547, 573 ff., 816 f., 849 f., 881 f., 990 ff., 1158 ff., 1179 ff. zur Türkei, S. 1195 ff., 1246 ff. zu Griechenland. Die Briten waren zunächst in der Tat sehr viel entgegenkommender, u. a. zur diplo-

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(MacVeagh), sie erkannten aber (zumindest vorläufig) die traditionelle Vormachtstellung der Engländer in diesem klassischen Einflußgebiet an, nicht zuletzt, um diesen auch die militärische Verantwortlichkeit zuschieben zu können. Die USA waren an dem Mittelmeerraum bislang aus vorrangig strategischen Gründen interessiert, da sich im Weltkrieg der ungehinderte Zugang zu den Erdölvorkommen des Nahen Ostens als lebensnotwendig erwiesen hatte. Unter Ausnutzung der ökonomischen Abhängigkeit Großbritanniens waren sie vorrangig darum bemüht, die Öffnung der britischen Ölkonzessionen für amerikanische Firmen zu erzwingen, ohne selbst politisch und militärisch durch den Aufbau einer staatlich kontrollierten Infrastruktur in Erscheinung zu treten[19].

Vor allem Marineminister Forrestal hatte seit 1943 die Auffassung propagiert, daß von der Kontrolle des Nahost-Öls die „balance of military power throughout the world" ebenso abhängen werde wie die Prosperität der amerikanischen Binnenwirtschaft und der Wiederaufbau Nachkriegs-Europas: „Wer an dem Hahn des Nahost-Öls sitzt, kann das Schicksal Europas kontrollieren"[20]. Die USA reagierten daher entsprechend empfindlich, als der sowjetische Vorstoß in das östliche Mittelmeer ihre „lines of communication" in Nord-Süd-Richtung zu zerschneiden drohte. Als schließlich erkennbar wurde, daß die Sowjetunion gleichfalls im Nahen Osten, d. h. im Iran, Ölvorkommen außerhalb der eigenen Grenzen suchte, sahen die USA den Augenblick zur Wahrung und Mehrung ihrer eigenen Öl-Interessen gekommen. Sie waren aber ebenso offenkundig daran interessiert, durch eine gewisse politische Zurückhaltung ihre ökonomischen Ziele voranzutreiben. Diese Bestrebungen wurden begünstigt durch die Bemühungen Irans und Großbritanniens, die USA durch Entgegenkommen in der Ölfrage, allerdings mit unterschiedlicher Zielsetzung, zu involvieren: Iran brauchte sie als Gegengewicht gegen sowjetisch-britische Teilungspläne, Großbritannien suchte einen Verbündeten gegen erste iranische Verstaatlichungspläne. Auf diese Weise gelang es den Amerikanern relativ reibungslos, Iran den eigenen Ölgesellschaften noch während der Krise zu öffnen, auch wenn sie gegenüber sowjetischen Anschuldigungen jedes Interesse an solchen Konzessionen wahrheitswidrig bestritten. Trotz aller Dementis erschien den amerikanischen Militärs die (westliche bzw. amerikanische) Verfügungsgewalt über das iranische Öl so „absolutely vital to the security of this country", daß Truman bereits über sehr weitreichende Konsequenzen nachdachte: „We may be at war with the Soviet Union over Iran"[21].

---

matischen Absicherung eigener Positionen z. B. in Suez, ihre Haltung verhärtete sich jedoch (unter dem Einfluß der amerikanischen Rückendeckung?) zunehmend.

[19] Michael B. Stoff, Oil, War, and American Security. The Search for a National Policy on Foreign Oil 1941–1947, New Haven and London 1980, S. 119, 130 f., 136. Weitere Literatur bei Mai, Globalstrategie, Anm. 23, 26 und 30. John O. Iatrides (ed.), Ambassador MacVeagh Reports. Greece 1933–1947, Princeton 1981; FRUS, Potsdam, Bd. 2, S. 1030 ff., 1429; FRUS, 1946/VII, S. 801 ff.

[20] Millis, S. 367. Vgl. ebenda, S. 272, 323 f.

[21] FRUS, 1946/VII, S. 34, 41, 413, 501 ff., 517 ff., 535 ff., 544, 546; FRUS, 1947/V, S. 890 ff., passim, 973 f., 980; Joyce and Gabriel Kolko, The Limits of Power. The World and United States Foreign

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der politische Erfolg in der Iran-Krise beflügelte die amerikanischen Bemühungen um eine intensivierte ökonomische und politische Penetration der Region. In Fortschreibung der klassischen britischen Konzeption des „northern tier" wurde erstmals explizit eine „Domino-Theorie" formuliert: Der Fall des Iran, der Türkei und Griechenlands, die sämtlich zum „vital interest" aufgewertet wurden, würde den Verlust der gesamten Öl-Region und Westeuropas nach sich ziehen[22]. Das State-War-Navy Coordinating Committee (SWNCC) empfahl daher in einem Memorandum vom 1. April 1946, erstens die erforderlichen militärischen Streitkräfte zur Verfügung zu stellen und zweitens die Bereitschaft zu bekunden, notfalls die Briten in diesem Raum als Ordnungsmacht zu ersetzen. Damit sollte drittens der eigenen Bevölkerung, besonders aber viertens der Sowjetunion der Kurswechsel der amerikanischen Politik in ebenso drastischer wie dramatischer Form deutlich gemacht werden, nachdem die USA noch in Potsdam ein weitgehendes Desinteresse an einem direkten Engagement in dieser Region wiederholt zu Protokoll gegeben hatten: „It is wise to emphasize therefore the importance of being so prepared militarily and of showing such firmness and resolution that the Soviet Union will not, through miscalculation of American intentions and potentialities, push to the point that results in war"[23].

Daß die Containment-Politik von Beginn an (notwendigerweise) starke militärische Implikationen beinhaltete, zeigte sich nicht erst 1950, als Paul Nitze das Problem prägnant formulierte: „Without superior aggregate military strength, in being and readily mobilizable, a policy of ‚containment' – which is in effect a policy of calculated and gradual coercion – is no more than a policy of bluff"[24]. In diesem Sinne forderte auch das genannte Memorandum des SWNCC vom April 1946 als Antwort auf die sowjetischen Expansionsneigungen eine unmißverständliche Demonstration amerikanischer Entschlossenheit: „in the first instance by diplomatic means and in the last analysis by military force if necessary". Solange allerdings die militärische Präsenz der USA in dieser Region lediglich auf einer im Aufbau befindlichen Flotte und auf rasch ansteigender Militärhilfe beruhte[25], war zur Kompensation der bilateralen Defizite – zumindest für eine Übergangsphase, grundsätzlich aber auch darüber hinaus – eine politische Ersatzlösung auf vorzugsweise multilateraler Ebene anzustreben: „Die Charta der Vereinten Nationen bietet das beste und am wenigsten angreifbare Mittel, mit dessen Hilfe die USA ihren Widerstand gegen die sowjetische physische Ausdehnung implementieren können ... Wenn, trotz diplomatischer Aktionen, die sowjetische territoriale Expansion Gebiete erreichen sollte, wo unsere Marine-, amphibischen und Luftstreitkräfte potentiell in der Lage sind, wirkungsvoll einzugreifen, wird

Policy 1945–1954, New York 1972, S. 237, 403 f.; Herbert Feis, From Trust to Terror. The Onset of the Cold War, 1945–1950, New York 1970, S. 83.

22 FRUS, 1946/VII, S. 530, 837, 840, 893; FRUS, 1947/V, S. 30, 39, 44, 51, 61; Bruce R. Kuniholm, The Origins of the Cold War in the Near East. Great Power Conflict and Diplomacy in Iran, Turkey and Greece, Princeton 1980.

23 FRUS, 1946/I, S. 1170.

24 FRUS, 1950/I, S. 253 (NSC-68).

25 FRUS, 1947/III, S. 217: Militärhilfe as „a powerful influence in orienting the recipient nations toward U.S. policy". Ähnlich FRUS, 1948/I, 2, S. 585 ff. (NSC-14/1); FRUS, 1949/I, S. 347 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

es doch weiterhin wünschenswert sein, diese Macht über das Medium der Vereinten Nationen einzusetzen"[26].

Daß es sich hierbei um mehr als nur um abstrakte Strategiepapiere politischer Planungsgruppen handelte, wurde in der Türkei-Krise des Sommers 1946 deutlich, als vor allem Acheson die Auffassung durchzusetzen wußte, jegliche Nachgiebigkeit gegenüber dem sowjetischen Vorstoß „to control and dominate that country" führe unweigerlich zu „infiltration and domination of Greece by Russia with the obvious consequences in the Middle East and the obvious threat to the lines of communication of the British to India". Diesem „trial balloon" der Sowjets in der Türkei müsse daher vom Präsidenten mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden, „with the full realization that if Russia did not back down and if we maintained our attitude it might lead to armed conflict". Truman schloß sich dieser harten Linie an und zeigte sich bereit, mit einem „show-down" den Grad der sowjetischen Konfliktbereitschaft zu testen: „We might as well find out whether the Russians were bent on world conquest now as in five years." Die Schlußfolgerungen, die das SWNCC aus diesen Vorgaben zog, waren unmißverständlich: „The only thing that will deter the Russians will be the conviction that the United States is prepared, if necessary, to meet aggression with force of arms"[27].

Für eine solche offensive Außenpolitik, für eine globale militärische Präsenz fehlten jedoch bereits die innenpolitischen Voraussetzungen. Daher schlugen Forrestal und Acheson als begleitende Maßnahmen vor, „to inform the country of the background of the decision", d.h. das Wesen des Sowjetkommunismus, seine aggressiven Ziele und die Mittel seiner Expansion als Ursache und Legitimation amerikanischen Engagements herauszustellen. Denn, so erläuterte Acheson einen der wichtigsten Grundsätze seiner Politik, „in the long run the state of public opinion and the state of Congressional opinion were the dominant factors", von deren Zustimmung allein begrenzte militärische Aktionen ebenso wie umfassende Rüstungsprogramme abhängig seien. In diesem Sinne war die Truman-Doktrin nicht vorrangig auf die akute griechisch-türkische Krise zugeschnitten, sondern sie wurde bewußt dem Kongreß und der Öffentlichkeit „as part of a worldwide program" präsentiert, „in such a fashion as to electrify the American people", bzw. wie Senator Vandenberg seinem Präsidenten geraten hatte, „to scare hell out of the country"[28].

Die Truman-Doktrin wurde zwar erst im Rahmen der Griechenland-Krise vom Frühjahr 1947 proklamiert, sie war aber bereits inhaltlich für die Türkei-Krise vom August 1946 formuliert worden, als die Sowjetunion die Türkei in der Dardanellenfrage diplomatisch unter Druck zu setzen versuchte. Doch da sich die UdSSR – nicht

[26] FRUS, 1946/I, S. 1167 ff.

[27] FRUS, 1946/VII, S. 827 ff., 840 ff.; Millis, S. 191 f.; Harry S. Truman, Memoirs, Bd. 2, Garden City 1956, S. 96 ff.; Dean Acheson, Present at the Creation. My Years in the State Department, New York 1969, S. 195 f.

[28] Millis, S. 192; FRUS, 1946/VII, S. 822 f., 871; FRUS, 1947/V, S. 45 ff.; Richard J. Barnet, Intervention and Revolution. America's Confrontation with Insurgent Movements Around the World, Cleveland-New York 1968, S. 116; Lloyd C. Gardner (ed.), The Korean War, New York 1972, S. 7.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zuletzt angesichts der demonstrativen Entsendung amerikanischer Kriegsschiffe in die Türkei – erneut zurückzog, mußte Truman sich noch einige Monate gedulden, „to proclaim the new doctrine when a fitting moment arose"[29].

Die Truman-Doktrin war also keineswegs Ausdruck nervöser, gar panischer Überreaktion angesichts des überstürzten Rückzugs der Briten aus dieser Region. Die USA hatten längst die Unhaltbarkeit der weltweiten imperialen Position Großbritanniens erkannt, hatten sich dementsprechend um eine politische und ökonomische Penetration des östlichen Mittelmeerraumes bemüht, d.h. – wie Amen am Beispiel Griechenlands nachweisen konnte – sich auf die Übernahme dieser Machtvakanzen langfristig vorbereitet[30]. Wenn die Regierung dennoch in dem Bewußtsein handelte, „that a major turning point in American history was taking place"[31], dann bezog sich dies vor allem auf die Entscheidung, zum einen offen den Führungsanspruch innerhalb der westlichen Welt zu beanspruchen[32], zum anderen bewußt und entschlossen der Sowjetunion den offenen Kampf anzusagen[33]. In diesem Sinne verstand es vor allem Acheson, die Gunst der Krise zur Realisierung eines ganzen Komplexes mittel- und langfristiger Ziele einzusetzen: Zunächst sollte durch die dramatische Überspitzung der Krise die Bereitschaft von Öffentlichkeit und Kongreß zu gesteigerten Rüstungsanstrengungen geschaffen bzw. gefördert werden. Zum zweiten sollte die Militärhilfe, da effektiver als die Wirtschaftshilfe, zur nachhaltigen Durchsetzung des amerikanischen Führungsanspruches und damit der amerikanischen Interessenprioritäten genutzt werden[34]. Zum dritten konnte nur die Verfügbarkeit konventioneller Militärmacht unterhalb der atomaren Ebene eine flexible Reaktion durch begrenzte und begrenzbare Interventionen ermöglichen. Zum vierten sollten die Vereinten Nationen zur politischen Vorbereitung, moralischen Legitimation, aber auch zur militärischen Entlastung amerikanischer Aktionen gegenüber der Sowjetunion eingesetzt werden[35].

Die türkisch-griechische Krise hatte damit zur Entstehung einer offensiven Krisenmentalität, zur Entwicklung einer auch die militärische Eskalation als legitimes Mittel einkalkulierenden Krisendramaturgie geführt, die den Krieg zwar nicht durch politische Aggressivität zu provozieren suchte, die aber in konventioneller Vorwegnahme der Dulles'schen Politik des „brinkmanship" ein kalkulierbares, d.h. begrenztes Kriegsrisiko in Kauf zu nehmen bereit war. Diese facettenreiche Strategie trug in besonderem Maße die Handschrift Achesons. Sein Ausscheiden aus dem State Department hat zweifellos in erheblichem Maße dazu beigetragen, daß in den Krisen der

[29] Zit. nach Barnet, S. 114.

[30] Vgl. Amen, S. 8, 21, 37, 43, 49 ff., 74. So auch Yergin, S. 281.

[31] Joseph M. Jones, The Fifteen Weeks (February 21–June 5, 1947), 2. Aufl. New York 1964. Vgl. Acheson, S. 220.

[32] Truman, Bd. 2, S. 102.

[33] FRUS, 1948/I, 2, S. 547 f. (NSC-7), 662 ff. (NSC-20/4); David Horowitz, Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Bd. 1, Berlin 1969, S. 61 ff.

[34] FRUS, 1947/III, S. 216 f.

[35] Vgl. dazu unten Abschnitt III. Auch Buhite, S. 161 ff.; Dobbs, S. 104 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahre 1948/49 sich nicht die „hardliner" wie General Clay, sondern feinfühligere Krisenmanager wie Außenminister Marshall durchsetzen konnten[36]. Acheson sollte jedoch in der Korea-Krise, nach langjähriger Verfeinerung der Planungsarbeit, seinen rigoroseren außenpolitischen Stil mit Erfolg praktizieren, so wie seine Nachfolger (z. T. unter seinem Einfluß) und seine Epigonen (z. B. Paul Nitze) zu dieser „erfolgreichen" Strategie verschiedentlich zurückkehrten[37].

Diese Planungsarbeit, die dem neugeschaffenen Nationalen Sicherheitsrat (NSC) übertragen worden war, läßt erkennen, daß die Mittelmeer- und Nahostpolitik aus akutem Anlaß zu einem „test case" für die weitere Entwicklung und Koordination außenpolitischer, außenwirtschaftlicher und vor allem militärischer Handlungsvarianten gemacht wurde. In der Erwartung einer „major political showdown crisis", die im Nahen Osten „obviously will contain in it the very real danger of outbreak of hostilities"[38], widmete sich der NSC in seinen ersten Planungspapieren vorrangig Italien (NSC-1) und Griechenland (NSC-5). Zugrunde lag ein die gesamte Region umfassender Grundsatzbeschluß, der eine abgestimmte Praxis des Containment anstrebte: „Die Sicherheit des östlichen Mittelmeeres und des Mittleren Ostens ist lebenswichtig [vital] für die Sicherheit der USA ... Die Sicherheit des ganzen östlichen Mittelmeeres und des Mittleren Ostens wäre gefährdet, wenn die Sowjetunion bei ihren Bemühungen, die Kontrolle über eines der folgenden Länder zu gewinnen, erfolgreich wäre: Italien, Griechenland, Türkei oder Iran ... Es sollte die Politik der USA sein ..., die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit von Italien, Griechenland, Türkei und Iran erhalten zu helfen. Bei der Ausführung dieser Politik sollten die USA bereit sein, vollen Gebrauch ihrer politischen, ökonomischen und, wenn nötig, militärischen Macht zu machen, und zwar in der als am wirksamsten erachteten Form"[39].

Diese regionale Ausweitung der Interventionsbereitschaft schien erforderlich geworden, da die Verkündung von Truman-Doktrin und Marshall-Plan keineswegs zu einer Beruhigung der Situation in Westeuropa, sondern im Gegenteil zu einer weiteren Destabilisierung geführt hatte. Der Policy Planning Staff (PPS) des State Depart-

---

[36] Neben Clay und Dulles drängte vor allem auch Averell Harriman seinen Präsidenten, „that he should ‚take hold of the crisis and deal with it in a manner which will be convincing to the Congress and the American public'", also ganz im Sinne Achesons. Hans-Ludwig Paeffgen, The Berlin Blockade and Airlift. A Study of American Diplomacy, Ph. D. University of Michigan 1979, S. 220; Avi Shlaim, The United States and the Berlin Blockade 1948–1949, Berkeley-Los Angeles 1983, S. 195 ff.; Daniel F. Harrington, American Policy in the Berlin Crisis of 1948–1949, Ph. D. Indiana University 1979, S. 109 ff.

[37] Zur Rolle der „Achesonians" (die Sonderbeauftragten Acheson und Harriman, Außenminister Rusk und Unterstaatssekretär Nitze) in der Regierung Kennedy, vor allem während der Berlin- und Kuba-Krisen 1961/62, vgl. Seyom Brown, Faces of Power. Constancy and Change in United States Foreign Policy from Truman to Johnson, New York-London 1969, S. 242 ff.

[38] FRUS, 1947/I, S. 765 (Ch. Bohlen), 770 ff. (PPS); Millis, S. 340.

[39] FRUS, 1948/IV, S. 21 ff. (PPS/18), S. 2 ff. (NSC-5/1), 46 ff. (NSC-5/2), 93 ff. (NSC-5/3), 101 (NSC-5/4). Dieser Passus wurde 1949, unter Bezug auf NSC-1/2, zu einem der wichtigsten internen Argumente für die (zweimal aufgeschobene) Einbeziehung Italiens in die NATO; FRUS, 1949/IV, S. 142 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ment ging daher im November 1947 davon aus, daß das zu erwartende fait accompli der Sowjets in der Tschechoslowakei mit bürgerkriegsähnlichen Vorstößen in Frankreich, Italien und Griechenland verbunden sein würde; die Gründung der kommunistisch dominierten Provisorischen Freien Demokratischen Republik Griechenland im Dezember 1947 schien diese Prognosen zu bestätigen[40]. Zwar galt eine Intensivierung der Militärhilfe weiterhin als das wirksamste Mittel, das direkte Eingreifen amerikanischer Einheiten rückte jedoch als denkbarer (Not-)Fall immer konkreter in den Gesichtskreis der Planer. Als vorläufige und vorbereitende Maßnahme wurden die Verstärkung der Militärmission, die eventuelle „dispatch of a token armed force" sowie „training flights into Greece by U.S. armed forces" vorgeschlagen. Die militärische Präsenz als offene Drohung mit militärischer Intervention sollte den Sowjets signalisieren, „that the further the communists go in Greece and Italy the more surely will this Government be forced to extend the deployment of its peacetime military establishment in the Mediterranean area"[41].

Die betroffenen Staaten traten als eigenständige Faktoren in diesen amerikanischen Planungen kaum noch in Erscheinung. Rigoros zwangen die USA der griechischen Regierung ihre Bedingungen für die Fortsetzung bzw. Steigerung von Wirtschafts- und Militärhilfe auf, die die griechische Souveränität de facto aufhoben und den amerikanischen „Beratern" volle Handlungsfreiheit gewährten[42]. Auf diese Weise gelang es binnen relativ kurzer Zeit, die militärische Lage zugunsten der Regierungstruppen zu stabilisieren. Da zugleich die erwartete Intervention der kommunistischen Nachbarstaaten ausblieb, riet der NSC unter dem Einfluß der Joint Chiefs of Staff (JCS) von der Entsendung einer „token force" ab. Wichtige Beamte des State Department, die bereits früher bedauert hatten, daß der Kongreß „placed restrictions upon the use of American troops in Greece", waren mit dieser Entscheidung nicht einverstanden: „Der Zweck einer Entsendung von Truppen nach Griechenland wäre, die Entschlossenheit zu zeigen, die Situation in Griechenland zu bereinigen." Denn, so wurde die Lage abermals dramatisiert, „der gegenwärtige Kampf um Griechenland sollte vor allem als letzte Gelegenheit betrachtet werden, den Dritten Weltkrieg zu verhindern"[43]. Allerdings waren die USA nicht gewillt, in Griechenland den Dritten Weltkrieg auszukämpfen, sondern sie begannen im Gegenteil, sich auf einen möglichen unfreiwilligen Rückzug einzurichten. Für diesen Fall, so wurde nun die Formel von der „am wirksamsten erscheinenden Form" amerikanischer Unterstützung interpretiert, müsse man umgehend Vorsorge treffen, „such as, for example, seeing to it that we get into the country *now*, operatives who will provide sources of information to us and trouble for the other side; plans for the setting up of a government in the is-

[40] FRUS, 1947/I, S. 770 ff.; FRUS, 1947/V, S. 219 ff., 438 ff.; FRUS, 1948/IV, S. 48; Millis, S. 281, 340.

[41] FRUS, 1948/I, 2, S. 519, 539 f.

[42] Diese Auffassung wurde von den amerikanischen Vertretern in Griechenland selbst wiederholt geäußert. Zu den Belegen vgl. Amen, S. 49 ff., 65, 76 ff., 91, 114, 124 f., 147, 179 f. Vgl. Mai, Globalstrategie.

[43] FRUS, 1948/V, S. 98 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

land of Crete which we would recognize and which would be the base for operations of this character"[44].

Diese Überlegungen und Planungen lassen deutlich erkennen, wie sehr sich die USA in der Defensive sahen, wie empfindlich sie der Mangel an konventionellen Streitkräften in ihrer politischen Bewegungsfreiheit einengte. Gerade aus dieser Situation heraus zeigte sich das State Department noch im Februar 1948 eher als das Pentagon geneigt, Truppen nach Griechenland zu entsenden: als *politische* Demonstration, aber doch mit dem klaren Bewußtsein militärischer Konfliktmöglichkeiten; da die Militärs jedoch ihrerseits befürchteten, der erzwungene Rückzug symbolischer Truppenteile werde eine politische Niederlage nach sich ziehen, plädierten sie für eine völlige Abstinenz und konnten sich mit dieser Auffassung schließlich auch durchsetzen.

Zu diesem Erfolg der Militärs trug nicht zuletzt bei, daß das Interesse der Regierung sich nach Italien verlagerte. Dort wurde angesichts der Zuspitzung der Krise in der Tschechoslowakei ein kommunistischer Putschversuch für möglich erachtet, der von außen in doppelter Form Unterstützung finden könnte: durch einen parallelen Putschversuch in Frankreich einerseits, durch eine wie auch immer geartete Einmischung Jugoslawiens andererseits. Der NSC sah Italien am 10. Februar 1948 „under strong and persistent Communist attack aimed ultimately at the creation of a Communist dictatorship subservient to Moscow". Aufgrund seiner geographischen Position war das Land von besonderer strategischer Bedeutung: Es beherrschte die Verbindungslinien zum Nahen Osten, der ja zum „vital interest" erklärt worden war, und grenzte an den Balkan; es eröffnete zudem, wie die USA in ihren Operationen des Weltkrieges selbst nur zu gut erfahren hatten, den Weg nach Afrika einerseits, nach Mitteleuropa andererseits[45]. Von Beginn an ging daher die Bereitschaft zum Einsatz militärischer Mittel weiter als in Griechenland. Allerdings wurde diese Bereitschaft wesentlich dadurch erleichtert, daß sich noch amerikanische Besatzungstruppen in Italien befanden.

Als wahrscheinlichster bzw. als günstigster Zeitpunkt für einen kommunistischen Putsch galt die Zeit zwischen dem (im Friedensvertrag festgelegten) Abzug der Alliierten im Dezember 1947 und den Parlamentswahlen im März/April 1948. In den ersten Planungen waren die USA indes lediglich bereit, der italienischen Regierung zwar jede erdenkliche Unterstützung, inkl. Waffenlieferungen, zukommen zu lassen; ein direktes militärisches Eingreifen „in what appears to be a civil conflict of an internal nature" war jedoch zu vermeiden. Die USA sollten aber auf erweiterte militärische Rechte im nichtkommunistischen Teil des Landes drängen[46]. Diese Empfehlungen des PPS wurden vom NSC praktisch unverändert übernommen, allerdings mit dem bezeichnenden Zusatz, daß die USA den Abzug ihrer Besatzungstruppen sofort stoppen sollten, falls ein Putsch vor dem als Abzugsdatum festgelegten 15. Dezember

[44] Millis, S. 307 f.
[45] FRUS, 1948/III, S. 765 ff. (NSC-1/2).
[46] FRUS, 1947/III, S. 976 ff. (PPS).

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erfolgen sollte[47]. Nur wenige Tage später kündigten die USA jedoch bereits an, sie würden – „owing to logistic difficulties" – diesen Termin nicht einhalten können; zugleich beschlossen sie (mit Billigung seitens der italienischen Regierung), „the display ... of military forces in Italian waters and airspace" demonstrativ zu steigern. Ebenfalls mit Billigung der Regierung Italiens sollten die aus dem Land abgezogenen Besatzungstruppen nach Libyen und/oder Österreich verlegt werden, „to have American troops readily available at nearby bases in the event of insurrection in Italy". In einem solchen Falle sollten diese Truppen in regierungskontrollierte Gebiete oder aber nach Sizilien und/oder Sardinien verlegt werden, „in strength sufficient to occupy these islands against indigenous Communist opposition as soon as the position of the Communists in Italy indicates that an illegal Communist-dominated Government will control all of the peninsula of Italy"[48].

Waren diese Planungen, wie die zeitlich und inhaltlich parallelen Überlegungen im Falle Griechenlands, noch weitgehend als defensive Reaktion auf einen kommunistischen Putschversuch zu verstehen, so sollte der „Putsch" in der Tschechoslowakei einen qualitativen Umschlag bringen: Die USA waren nun schon nicht mehr gewillt, selbst einen legalen kommunistischen Wahlsieg in Italien zu akzeptieren. Durch eine „demonstration of a firm United States opposition to Communism" und durch entsprechende Hilfeversprechen sollten die antikommunistische Mitte und die Rechte, inkl. der Armee, ermuntert werden, „to make a last, vigorous effort, even at the risk of civil war, to prevent the consolidation of Communist control". Zu den amerikanischen „covert actions", die eine solche Opposition ermöglichen sollten, gehörte neben der sofortigen Sperre jeglicher Wirtschaftshilfe das Anlegen von Geld- und Waffenvorräten. Die erforderlichen Waffenlieferungen, die im Falle ihres Bekanntwerdens die beste Wahlagitation für die Kommunisten geworden wären, wurden dem widerstrebenden De Gasperi in recht rüder Form kurzerhand aufgezwungen[49].

Sollte sich trotz aller Demonstrationen amerikanischer Militärmacht und trotz aller Wahlbeeinflussungen[50] ein überwältigender kommunistischer Wahlerfolg nicht verhindern lassen, der der Partei nicht nur eine Beteiligung, sondern die maßgebliche Führungsrolle bescherte, wollten die USA die „covert actions" durch offene militärische Pressionen ergänzen: „a. Sofortmaßnahmen, um eine begrenzte Mobilmachung durchzuführen, einschließlich der erforderlichen Zwangsmaßnahmen, und Ankündigung dieser Aktion als einen klaren Hinweis auf die amerikanische Bereitschaft, kommunistischer Aggression zu widerstehen und unsere nationale Sicherheit zu schützen; b. Stärkung unserer militärischen Position im Mittelmeer; c. Einleitung kombinierter Generalstabsplanungen mit ausgewählten Nationen; d. Versorgung des antikommu-

[47] FRUS, 1948/III, S. 724 ff. (NSC-1/1).

[48] FRUS, 1948/III, S. 729 f., 734 ff., 746, 749, 765 ff.

[49] FRUS, 1948/III, S. 775 ff. (NSC-1/3). Fast wörtlich übernommen in NSC-67, FRUS, 1950/III, S. 1486 ff. Zu den Waffenlieferungen vgl. FRUS, 1948/III, S. 754, 759 ff., 769 f., 773 f., 784 ff.

[50] Zur ausführlichen Dokumentation dieser Versuche, die Wahlen durch Lebensmittellieferungen, Propaganda und direkte Unterstützung prowestlicher Parteien, Gruppierungen und Politiker zu beeinflussen, vgl. FRUS, 1948/III, S. 726, 737, 740 f., 768, 776 ff. (NSC-1/3), besonders S. 816 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nistischen Untergrunds mit finanzieller und militärischer Hilfe". Dazu gehörte weiter die Einsetzung einer italienischen Exilregierung auf den vorgelagerten Inseln (wie in Griechenland oder später auf Formosa), die der Legitimierung aller weiteren (auch „verdeckten") Aktionen dienen sollte, die aber allein von amerikanischem Geld und amerikanischen Beratern am (Über-)Leben erhalten werden konnte[51].

Wie in Griechenland blieb den USA auch in Italien der Ernstfall erspart, da die Wahlen eindeutig zugunsten der Regierung ausfielen. Sie zogen jedoch ihre militärischen Konsequenzen, indem sie ihre Bemühungen intensivierten, Luftwaffenstützpunkte von den Azoren über Casablanca, Algier, Tripolis und Kairo bis in den Mittleren Osten zu gewinnen[52], zum einen als zusätzliche, luftgestützte „line of communication", zum anderen (nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges) als afrikanischen Stützpunkt für Operationen in Südeuropa. Die Ausdehnung der NATO auf den Mittelmeerraum und die Einbeziehung Nordafrikas[53] in den Kampf gegen den Kommunismus waren die entsprechende politische Antwort auf diese Serie der Mittelmeerkrisen in den Jahren 1946–48.

Die Krisen erleichterten, wie NSC-5/3 es formulierte, die Realisierung des amerikanischen „national interest". Defensive Ziele gegenüber der sowjetischen Bedrohung gingen eine unauflösliche Verbindung mit der politischen, ökonomischen und militärischen Penetration der „Bollwerke" ein, zunächst auf bilateraler, dann in zunehmendem Maße auf multilateraler Ebene. Solange (bzw. weil) die USA überzeugt waren, daß die Sowjetunion ihren Expansionismus nicht durch einen Weltkrieg, sondern durch regionale Stellvertreterkriege und durch Fünfte Kolonnen zu realisieren suchte[54], mußten sie zur offensiven Abwehr dieser Bestrebungen notfalls auch gegen den Willen der betroffenen Staaten bereit sein. Die „limitations on her sovereignty" wurden daher z. B. im Falle Griechenlands (unausgesprochen auch Italiens) nicht nur in Kauf genommen, sondern die eingeschränkte Souveränität war geradezu unumgängliche Voraussetzung einer effektiven antisowjetischen Sicherheitspolitik.

Die Bereitschaft zum Einsatz militärischer Machtmittel, selbst zu der beispiellosen Ventilierung einer Teilmobilmachung in Friedenszeiten, wuchs nicht nur mit wachsender Distanz zur Potsdamer Konferenz einerseits, zur sowjetischen Grenze andererseits, sondern stand zugleich in einem offenkundigen Wechselverhältnis zur Ausbildung der Bündnissysteme bzw. der Blockbildung. Die Dramatik, ja die Dramaturgie der Krisenhysterie und der Kriegsfurcht stand (zumindest in Europa) in einem bemerkenswerten Gegensatz zu dem Pragmatismus, mit dem die USA die faktische

---

[51] FRUS, 1948/III, S. 769 ff. (NSC-1/2), 775 ff. (NSC-1/3). Zu Griechenland vgl. oben Anm. 44, zu Korea unten Anm. 65.

[52] FRUS, 1947/I, S. 768; FRUS, 1948/I, 2, S. 603 f.

[53] FRUS, 1948/III, S. 682 ff. (NSC-12, North Africa); Scott L. Bills, Cold War Rimlands. The United States, NATO, and the Politics of Colonialism, 1945–1949, Ph. D. Kent State University 1981. Zu den sehr viel vageren Aussagen der gedruckten Akten über einen möglichen Einsatz amerikanischen Militärs gegen einen kommunistischen Putsch in Frankreich vgl. FRUS, 1948/III, S. 595, 628 f., 673 ff.; FRUS, 1949/III, S. 975; Millis, S. 157 f., 280.

[54] Mai, Sicherheitspolitik, S. 178 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Teilung Europas akzeptierten (in der Tschechoslowakei-Krise[55]), mit dem die USA stillschweigend einem selbstmörderischen „showdown" in Mitteleuropa aus dem Wege gingen (in der Berlin-Krise). Statt dessen wurden die Krisen der Jahre 1947/48 zielstrebig dazu genutzt (dies gilt in gleichem Maße für die Sowjetunion[56]), ein zunehmend auf militärischen Machtsträngen aufgebautes Hegemonialsystem der noch rudimentären politischen Allianz vorzuschalten und mit der bereits wirksamen transatlantischen Wirtschaftsverflechtung zu kombinieren.

Nachdem die USA ihre „national security interests" in den globalen Status quo fast ungeschmälert hatten einbringen können (mit Ausnahme Chinas), mußte jede Veränderung dieses Status quo ihre unmittelbaren Sicherheitsinteressen tangieren. Soweit nicht ohnehin jede Differenzierung zwischen „peripheral", „major" und „vital interest" verlorengegangen war (Korea, Vietnam), überdeckte die Suche nach einer Gelegenheit zur Demonstration der „Glaubwürdigkeit" der konventionellen Abwehrbereitschaft die Chance zu abgestufter, flexibler Reaktion[57]. Diese Zwänge einer aggressiven Verteidigungsposition legitimierten, potentiell selbst gegen das Votum freier Wahlen (Italien), die Drohung mit politischen und ökonomischen Repressalien, in letzter Konsequenz auch die militärische Intervention.

Dieser Interventionismus, nach Planungsgröße und realen Machtpotentialen eher für Bürgerkrieg und begrenzte Aktionen als für eine konventionelle Auseinandersetzung mit der Sowjetunion geeignet, war in den europäischen Krisenlagen entwickelt worden, entsprach den geographischen Dimensionen, den auf vergleichbaren Wertorientierungen beruhenden Affinitäten und den innenpolitischen Kräfteverhältnissen in Europa. China dagegen, der zweite Schwerpunkt amerikanischer Machtpolitik, fiel völlig aus diesem Rahmen heraus: Die militärische Größenordnung und die kulturelle Fremdartigkeit beließen die USA politisch wie militärisch in einem Status hilfloser Unangemessenheit. Bei der unerwartet schnellen Niederlage Chiang Kai-sheks verblieb kein zeitlicher Spielraum für die Suche nach spezifisch asiatischen Alternativen und Krisenstrategien, um die durch den „Verlust" Chinas zerstörte Machtbalance vielleicht doch noch durch ein forciertes Containment an anderer Stelle wiederherstellen zu können: durch die Aufwertung Japans und die militärische Verfestigung der Randgebiete Formosa, Vietnam und Korea[58].

Die Bereitschaft zum Disengagement und der gleichzeitige Zwang zum Contain-

---

[55] Kolko, S. 384 ff. Vgl. FRUS, 1948/IV, S. 735 ff., 745 f. Die USA wußten ohnehin, daß die Krise *ohne* sowjetische Einflußnahme ausgebrochen war (S. 201, 749 f.); ihnen ging es vor allem darum, ein Übergreifen auf Westeuropa, vor allem auf Italien und Frankreich, zu verhindern und unter Ausnutzung der Krisenstimmung die Verabschiedung des Marshall-Planes im Kongreß zu beschleunigen. Vgl. Millis, S. 384 ff.

[56] Zur sowjetischen Sicht und zu der Serie von Freundschafts- und Beistandspakten im Frühjahr 1948 siehe Geschichte der sowjetischen Außenpolitik, Redaktion A. A. Gromyko/B. N. Ponomarjow, Bd. 2, dt. Berlin 1978, S. 65 ff.

[57] Buhite, S. 2 ff. und passim.

[58] Vgl. dazu den Entwurf eines „containment in Asia" in NSC-48/2 vom 31. 12. 1949, FRUS, 1949/VII, S. 1215 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ment („Trying to Get Out, Forced to Stay In"[59]) mündete in einer „policy of drift", deren primäres Ziel Zeitgewinn war: Zeit für die Übertragung der politischen und moralischen Verantwortung auf die Vereinten Nationen, Zeit auch für die Organisation eines asiatischen Verteidigungssystems *ohne* die direkte militärische Beteiligung der USA[60]. An diesem letzteren Punkt zeigte sich der grundsätzliche Unterschied zwischen Europa- und Asienpolitik, wenngleich dies in der Praxis nicht immer deutlich wurde. Denn zur Überdeckung der eigenen Konzeptionslosigkeit und Handlungsunfähigkeit wie zur Ermutigung asiatischer Selbsthilfe begann (nach europäischem Vorbild) seit 1948 die Suche nach einem geeigneten, d.h. begrenzten und begrenzbaren, Demonstrationsobjekt amerikanischer Entschlossenheit[61]. Da eine Intervention in Formosa von den Nationalchinesen zur unentrinnbaren Verwicklung in den chinesischen Bürgerkrieg hätte genutzt werden können, wurde stellvertretend Korea als das „Greece of the Far East" gewählt[62]. Aber auch Vietnam stand (spätestens im Frühjahr 1950) für ähnliche Zwecke zur Diskussion: „It envisages our going as far as we did in Greece and farther than was ever announced we would go [!]. It is a derivative of Truman doctrine"[63].

Das offenkundige Fehlen einer in sich geschlossenen, realistischen Asienpolitik verleitete zu einem weitgehend undifferenzierten Transfer der in und für Europa entwickelten Interventionsstrategien, wenngleich mit einem, dem Disengagement entsprechenden, stärkeren Akzent auf der Rolle der Vereinten Nationen. Angesichts der amerikanischen Glaubwürdigkeitslücke waren diese, wie die (in der Literatur fast durchgängig übersehenen) Korea-Planungen des Pentagon vom 27. Juni 1949 (fast auf den Tag genau ein Jahr vor Kriegsausbruch bis in die Wortwahl hinein) erkennen lassen, als die auch militärische Kompensation des Gefälles zwischen Interventionsbereitschaft und realem Machtpotential der USA vorgesehen. Für den Fall einer nordkoreanischen Invasion bot das Pentagon daher als (alternative) Reaktionsmöglichkeiten an: „... b. das Problem vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen ..., c. eine Polizeiaktion mit UN-Billigung zu initiieren durch die Einführung einer militärischen ‚task force' in Korea, die sich aus US-Einheiten und Einheiten anderer Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen zusammensetzt, mit dem Ziel der Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung und der Wiederherstellung der Unverletzlichkeit der Grenze am 38. Breitengrad ..., e. die Truman-Doktrin auf Korea auszudehnen und anzuwenden"[64], wobei zugleich für den Fall eines erzwungenen Rückzuges (wie in Griechenland und Italien) die Bildung einer „underground task force" vorgesehen war, die durch subversive Aktionen und Spionage „the initiative in the formation of a

[59] Dobbs, S. 129 ff.; Stueck, S. 75 ff.

[60] Zu den Anfängen der SEATO vgl. Dobbs, S. 171 ff.; FRUS, 1949/VII, S. 1123 ff., passim; FRUS, 1950/VII, S. 122, 1357; FRUS, 1951/I, 1, S. 132 ff.

[61] Buhite, S. 91 f.

[62] Gardner, S. 7; Dobbs, S. 91, 95; FRUS, 1949/VII, S. 1036, 1048, 1055 f., 1069; FRUS, 1950/VII, S. 956, 1155, 1438.

[63] FRUS, 1950/VI, S. 804.

[64] FRUS, 1949/VII, S. 1046 ff., Zitat S. 1047 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

counter-revolutionary effort" ermöglichen sollte[65]. Was hier vom Pentagon noch als Handlungsvarianten angeboten wurde, konnte 1950 unter außergewöhnlich günstigen politischen Voraussetzungen als ein geschlossenes Ensemble Grundlage für das schnelle und effektive Eingreifen der USA werden[66].

Allerdings war der Krieg nicht in Korea erwartet worden. Seit dem „loss of China" hatten sich die USA jedoch immer offener und immer entschlossener auf eine militärische Intervention in Asien eingerichtet. Vietnam[67] und, wie ein Schlüsseldokument aus der Feder von John F. Dulles vom 18. Mai 1950 und dessen wörtliche Übernahme durch Dean Rusk zeigen, vor allem Formosa galten als die wahrscheinlichen Konfliktpunkte: Angesichts der verheerenden psychologischen Rückwirkungen des „loss of China" in der gesamten Welt müßten die USA bereit sein, „to draw the line", wollten sie nicht weiter ihr „Gesicht verlieren". „Wenn wir nicht handeln, wird das überall dahingehend interpretiert werden, daß wir uns abermals zurückziehen, weil wir es nicht wagen, einen Krieg zu riskieren", zumindest nicht außerhalb des NATO-Bereiches. Wenn eine solche Demonstration der Entschlossenheit auch das „increased risk of early war" mit der Sowjetunion in sich berge, so müsse ein solches Risiko in Kauf genommen werden, „in order to preserve peace in the world and to keep the national prestige required if we are to play our indispensable part in sustaining a free world. Action to be effective must be prompt"[68].

Der unbedingte Wille, die Bereitschaft zur militärischen Auffüllung des Containment zu demonstrieren, den politischen Führungsanspruch innerhalb der nicht-kommunistischen Welt zu unterstreichen und zu behaupten[69], globale Sicherheit durch regionale Abschreckung zu gewährleisten, ließ keine andere Entscheidung als die militärische Intervention in Korea zu. Zwar stand diese Aktion von Beginn an unter der ausdrücklichen Prämisse, eine direkte Konfrontation mit der Sowjetunion (nicht aber unbedingt mit China) zu vermeiden[70], die Euphorie der militärischen Erfolge seit September 1950 verleitete jedoch zu einer gefährlichen Absenkung der Risikoschwelle: zum einen durch die geographische Ausdehnung des Konfliktgebietes auf das chinesische Grenzgebiet, Formosa und Vietnam[71], zum anderen durch den bewußten

[65] FRUS, 1949/VII, S. 1047, 1051. Vgl. Anm. 51.

[66] Die Sowjetunion boykottierte den Sicherheitsrat, nachdem dieser mit westlicher Mehrheit es abgelehnt hatte, den ständigen Sitz Chinas der nationalchinesischen Regierung Chiang Kai-sheks zu entziehen und der neugegründeten Volksrepublik China zuzuerkennen. Die Sicherheitsrat-Resolutionen vom 26. und 28. Juni konnten daher nicht durch sowjetisches Veto blockiert werden. Die Sowjetunion kehrte erst am 1. August in den Rat zurück, als ihr turnusgemäß der Vorsitz zufiel.

[67] FRUS, 1950/VI, S. 30, 74, 803 (Vietnam als „Griechenland" Asiens). Zur ablehnenden Haltung von State Department und JCS vgl. S. 744 ff. (NSC-64) und 945 ff. (NSC-64/1).

[68] FRUS, 1950/I, S. 315; FRUS, 1950/VI, S. 347 ff.; Stueck, S. 149 ff.

[69] FRUS, 1950/VII, S. 151 („Failure of the United States to take any action in Korea would strengthen existing widespread desire for neutrality"), 158 („a valuable opportunity for us to act", „as good an occasion for action in drawing a line as anywhere else"), 174 f.

[70] FRUS, 1950/VII, S. 158, 217, 241, 325, 712 ff. (NSC-81/1), besonders S. 716 f., 721 f.

[71] FRUS, 1950/VII, S. 152, 158, 203 (Truman-Statement vom 27. 6. 1950), 220, 236, 238, 240. Dies gilt, auch wenn es Ziel der Maßnahmen war, „to isolate conflict in Korea", S. 225. Vgl. unten Anm. 148.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Übergang vom Containment zur „liberation". Mit der Forderung nach der Befreiung Nordkoreas wurde, unter gezielter Einbindung der Vereinten Nationen, nicht nur in fahrlässiger Herausforderung ihrer militärischen Glaubwürdigkeit die Sowjetunion in die Enge getrieben, sondern diese Eskalation wurde im Gegenteil bewußt[72] in Kauf genommen, da es Acheson nun zugleich bzw. zunächst um die Durchsetzung weitergehender militär- und bündnispolitischer Weichenstellungen ging. Die Politik der Eindämmung, das zeigte sich hier in aller Deutlichkeit, schloß als ihre letzte Konsequenz notwendig die militärische Befreiung ein; sie akzeptierte, da die zu befreienden Gebiete jeweils an die Sowjetunion angrenzten, damit selbst ein atomares „brinkmanship".

II. „Balanced budget", Militärstrategie und Außenpolitik

„Wir spielen mit dem Feuer, während wir nichts haben, um es zu löschen."[73] Mit diesen Worten umriß Außenminister Marshall während der Beratungen über die Truman-Doktrin das grundlegende Dilemma der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik dieser Jahre: Angesichts des Mangels an konventionellen Streitkräften waren die USA nicht in der Lage, ihre nationalen Sicherheitsinteressen mit dem Instrument militärischer Intervention zu wahren. Bis zum Juli 1946 hatten die USA ihr Heer von 8 auf 1,6 Millionen Mann demobilisiert, die See- und Luftstreitkräfte um über die Hälfte abgebaut; der Militärhaushalt sank entsprechend von 43,2 Milliarden Dollar im Haushaltsjahr 1946 auf 13 Milliarden Dollar 1950[74].

Dieser Abbau der konventionellen Streitkräfte war keineswegs nur unter dem Druck der Öffentlichkeit erfolgt, war nicht nur Ausdruck des Vertrauens in die politische Wirksamkeit des Atomwaffenmonopols. Truman selbst war, wie die Mehrheit des Kongresses, überzeugter Befürworter einer Politik des ausgeglichenen Staatshaushaltes, des „balanced budget". Um die Ausgaben den Staatseinnahmen anzupassen, war er nach eigenem Zeugnis bereit, alle Forderungen der Militärs abzulehnen, die „frequently brought pressures to force me alter the budget which had been carefully worked out to achieve balance with the other needs of the government and our economy as a whole"[75]. Truman war aber lediglich zu einer Fortsetzung des „Universal Military Training" (UMT) bereit, das jedoch – angesichts der nur halbherzig betriebenen Umsetzung – von begrenztem militärischem Wert war. Truman dürfte daher den letztlich nur symbolischen Wert dieses Programmes weit überschätzt haben, wenn er in seinen Erinnerungen die Auffassung vertrat, „that if Congress had enacted this program in 1945 . . ., we would have had a pool of basically trained men, which

[72] Vgl. unten S. 524 ff. und Anm. 135 und 146.
[73] Millis, S. 373.
[74] Mai, Sicherheitspolitik, S. 14.
[75] Truman, Bd. 2, S. 31 ff., Zitat S. 34; Millis, S. 162, 243 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

would have caused the Soviets to hesitate and perhaps not bring on the Berlin crisis or the Korean aggression"[76]. So aber waren bis 1947 die Bodentruppen fast ausschließlich mit Besatzungsaufgaben befaßt und entsprechend mangelhaft auf einen militärischen Einsatz vorbereitet; lediglich 2⅓ Divisionen standen als strategische Eingreifreserve zur Verfügung. Noch akzeptierte Kriegsminister Forrestal diese Politik, obwohl nach seiner Auffassung die Militärausgaben unterhalb der Grenze lagen, „which our military leaders must in good conscience estimate as the minimum which would in themselves ensure military security". Solange die USA das Atomwaffenmonopol und die Luftüberlegenheit besaßen, über die größere ökonomische Potenz verfügten und selbst praktisch unangreifbar waren, konnten sie dieses „calculated risk" eingehen und ihrerseits diese „years of opportunity" nutzen, um ein Bündnissystem zu entwikkeln, das die Bündnispartner ökonomisch in die Lage versetzte, selbst die Hauptlast der konventionellen Verteidigung zu tragen[77].

Erste Anzeichen für entschiedene Versuche, diese Politik zu ändern, zeigten sich noch *vor* der Griechenlandkrise Anfang 1947, als Marshall von Forrestal gedrängt wurde, dem Kongreß „our military position as related to our international obligations and responsibilities" zu erläutern, d. h. die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit verstärkter militärischer Aufrüstung zu überzeugen. Doch Marshall, der Ex-General, lehnte entschieden ab: „If he did this job it might be interpreted as an effort by him to introduce immediately a military factor into his work and if it became known publicly would immediately result in the charge that policies were now being dictated solely on military considerations"[78]. Daß es sich hierbei nicht um innenpolitische Rücksichten eines eben erst ernannten Ministers handelte, sollte sich im folgenden sehr deutlich erweisen, als Marshall gegen die JCS, das Pentagon und gegen seine eigenen Under Secretaries of State (zunächst Acheson, dann Lovett) diese Linie in der Griechenland- und der Italien-Krise konsequent durchhielt. Da Marshall hierbei die Unterstützung seines Präsidenten fand, setzte sich seine zurückhaltendere und vorsichtigere außenpolitische Linie langfristig durch.

Forrestal und die JCS versuchten indes, die Italien-Krise für ihre Politik zu instrumentalisieren, die daher Gegenstand des ersten Grundsatzpapiers des neugegründeten NSC wurde. Mit Hilfe der Italien-Krise sollte die von Truman für das Haushaltsjahr 1950 verordnete Obergrenze („ceiling") für den Militärhaushalt in Höhe von 15 Mrd. Dollar gesprengt werden[79]. Mit Unterstützung der Generäle Eisenhower und Gruenther versuchten die JCS und Forrestal in einer Reihe von Memoranden den im Januar 1948 eingebrachten Haushaltsvorschlag für 1950 zu verändern, der freilich von Truman auch im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen und den zu erwartenden Widerstand des Kongresses formuliert worden war. Alle Militärs wiesen

[76] Truman, Bd. 2, S. 53 ff., Zitat S. 55. Vgl. FRUS, 1948/I, 2, S. 538 ff.
[77] Millis, S. 350 f.
[78] Ebenda, S. 238 f.
[79] Vgl. dazu immer noch die ältere Studie von Warner R. Schilling, in: ders./Paul Y. Hammond/Glenn H. Snyder, Strategy, Politics, and Defense Budgets, New York 1962.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eindringlich darauf hin, daß die konventionellen Mittel angesichts der möglichen Aufgaben hoffnungslos unangemessen seien: Die „possible explosive points", nämlich Griechenland, Italien, Korea und Palästina, „would probably reduce our reserves to a dangerous degree"; der Abzug von Besatzungstruppen aus Europa oder Asien würde die Gefahr heraufbeschwören, daß die betroffenen Gebiete „would have to be abandoned to chaos and Communism". Forrestal legte abermals besonderes Gewicht auf „the loss of our oil and strategic positions in the Middle East and/or Russian penetration into that area"; eindringlich, aber vergeblich forderte er seinen Kollegen Marshall auf, dem Kongreß besonders die „military facts of the Middle East" zu erläutern[80].

Konsequenterweise lehnten die Militärs nun jegliche Verantwortung für die möglichen militärischen Konsequenzen der Griechenland- und Italien-Politik ab, wie sie in den Papieren NSC-1 und NSC-5 festgeschrieben worden war[81]. Allein eine bloße Verstärkung der Mittelmeerstreitkräfte außerhalb Italiens „would require commitment of part or all of our reserve in this category, a reserve which, in view of our extended position is already dangerously low". Jede Form militärischen Engagements oder gar militärischer Intervention verlange daher eine Teilmobilmachung, um die strategische Reserve in den USA wieder auffüllen zu können. Da ein direktes Eingreifen in Italien „would entail serious risks of global warfare", müsse ein solcher Schritt von einer allgemeinen Mobilmachung begleitet sein. In einem weiteren Memorandum sekundierte der neue Army Chief of Staff Bradley, indem er unüberhörbar „the consequent inability of the Army to back our country's policies" konstatierte. Forrestal verlieh diesen Bedenken seinerseits zusätzlichen Nachdruck, als er am 19. April 1948, also bereits nach der Tschechoslowakei-Krise, eine solche Verschlechterung der allgemeinen Weltlage diagnostizierte, daß es unumgänglich sei, Sofortmaßnahmen zur Stärkung des „National Military Establishment" zu ergreifen, u. a. durch Einführung der Wehrpflicht. Aus ihrer Verantwortung für die „military readiness appropriate to the world situation" hielten es die JCS zu Recht für „not a calculated but an incalculable risk for the United States to postpone further the steps for readiness demanded by ordinary prudence". Die Forderungen lauteten daher: Aufstockung der Mannschaftsstärke über die bisherige Friedensstärke hinaus, „civilian and industrial preparedness corresponding to those found essential during World War II"(!), sowie „to avoid military commitment with implications extending to likelihood of major military involvement unless prepared by preparedness at least to the extent set forth above"[82].

Der Präsident stand damit unter stärkstem politischem Druck. Denn die JCS erklärten sich außerstande, die Containment-Politik in Griechenland und Italien im Ernstfall militärisch unterstützen zu können. Eine mögliche außenpolitische Niederlage durch schmählichen Rückzug, durch „Appeasement", mußte im Wahljahr für

[80] Millis, S. 368 ff., 374 ff.
[81] FRUS, 1948/III, S. 769; FRUS, 1948/IV, S. 491; Millis, S. 371 f.
[82] FRUS, 1948/III, S. 770 f., FRUS, 1948/I, 2, S. 539 f., 564 ff. (Annex NSC-5/3).

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Truman ebenso fatale Konsequenzen haben wie die von den Militärs geforderte Heraufsetzung der Rüstungsausgaben auf Weltkriegs-Niveau. Die Kritik der JCS an der Diskrepanz von politischen Planungsvorgaben und militärischen Machtmitteln war zweifellos gerechtfertigt (das sollte sich nicht zuletzt 1950 in Korea zeigen), der Präsident setzte jedoch trotz der raschen Folge der internationalen Krisen aus primär innenpolitischen Gründen seinen Kurs fort. Er konnte dies um so eher, als sich Außenminister Marshall beharrlich weigerte, sich den Auffassungen der Militärs anzuschließen und ihre Forderungen mitzutragen.

Forrestal wählte daraufhin eine neue Taktik. In einem weiteren Memorandum vom 10. Juli 1948 (NSC-20) versuchte er, Marshall indirekt zu einer Bestätigung seiner dramatischeren Analyse der allgemeinen Weltlage zu zwingen. Es sei die primäre Aufgabe der Regierung, klare Zielvorgaben für die Außen- und Sicherheitspolitik zu formulieren. Erst in einem zweiten Schritt könnten dann die jeweiligen Rollen festgelegt werden, „die militärische Stärke und andere an der nationalen Sicherheit orientierten Maßnahmen – z. B. Auslandshilfe – in einem umfassenderen Sicherheitsprogramm spielen sollen, das diesen Gefahren vorbeugen soll. Die Entscheidungen müssen deutlich unsere nationalen Ziele widerspiegeln, und sie müssen ... bestehende oder wahrscheinliche internationale Verpflichtungen in Rechnung stellen. Wenn wir diese Grundsatzentscheidungen im Hinblick auf unsere Ziele und im Hinblick auf die Rolle militärischer Stärke bei ihrer Verwirklichung getroffen haben, dann können wir dazu übergehen, über den Anteil unserer nationalen Ressourcen nachzudenken, die zur Unterstützung militärischer Aktivitäten zur Verfügung gestellt werden müssen, sowie, im Rahmen dieser Ressourcen, über die Form der Militärmacht, die diesen Zielen am besten entspricht. Wenn die Gefahren groß, unmittelbar und militärischer Natur sind, dann muß sich diese Tatsache deutlich in unserem Militärhaushalt widerspiegeln, muß unsere militärische Stärke entsprechend angepaßt werden"[83]. Mit anderen Worten: Die Größe des Militärhaushaltes mußte sich nach den außenpolitischen Handlungsbedürfnissen ergeben, nicht aber in simpler Haushaltsarithmetik durch die Höhe des momentanen Steueraufkommens festgelegt werden, wenn dadurch die außenpolitische Entscheidungs- und Reaktionsfähigkeit wesentlich beeinträchtigt wurde. Forrestal forderte daher vom State Department eine Einschätzung der globalen Lage und der außenpolitischen Notwendigkeiten an, die ihm im August in zwei Papieren (NSC-20/1 und NSC-20/2) übermittelt wurde[84].

In gewissem Sinne bedeutete dieses Vorgehen Forrestals eine Fortschreibung der interministeriellen Auseinandersetzungen der Jahre 1945/46, als die JCS erstmals mit ihrer Forderung, „to uphold and advance its [U.S.] national interests by military readiness to support its national policies and international commitments", allerdings noch ohne „immediate and substantial assistance from other nations", am Widerstand des State Departments (und Trumans) gescheitert waren. Byrnes befürwortete eine Politik der „good neighborliness and fair dealing in international relations", die zwar

[83] FRUS, 1948/I, 2, S. 589 ff.; Millis, S. 509.
[84] FRUS, 1948/I, 2, S. 609 ff., 615 ff. Vgl. FRUS, 1949/I, S. 271 Anm. 1.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine „firm and friendly attitude" gegenüber der Sowjetunion nicht ausschloß, der „Härte" aber keine ausgeprägte militärische Komponente verleihen wollte[85]. Im Jahr 1948 waren aber unter dem Eindruck der vergangenen Monate große Teile des State Department – darunter Kennan (NSC-20/2) und Lovett – bereit, die Forderungen der Militärs zu unterstützen, sie versuchten jedoch vergeblich, ihren Außenminister in dieser Richtung umzustimmen[86].

Nachdem Marshall immer wieder dem Drängen Forrestals ausgewichen war, legte ihm dieser schriftlich die Frage vor, ob sich nach Auffassung des Außenministers a) die Weltlage gebessert habe, „which warrant a substantial reduction in the military forces", b) die Weltlage sich verschlechtert habe, so daß die USA „an augmentation of the forces" ins Auge fassen sollten, oder c) die Weltlage unverändert geblieben sei. Während Lovett in seinem Antwortentwurf die Berlin-Krise als Beleg für eine erhöhte Gefährdung heranzog, „[which] has placed us in an awkward position from which we may not be able to extricate ourselves except by a strong show, or use, of armed strength", beschied Marshall seinen Kollegen knapp, nach seiner Einschätzung habe sich die Weltlage innerhalb des letzten Jahres praktisch nicht verändert, womit indirekt jegliche Aufrüstung abgelehnt wurde. Diese angesichts der Ereignisse des Jahres 1948 bemerkenswerte Entscheidung begründete Marshall gegenüber Lovett, „that the country could not, and would not, support a budget based on preparation for war ... It has nothing to do with the international situation as such – it is designed to get the most security without putting the nation on a war-time footing"[87].

Deutlicher konnten die unterschiedlichen Zielsetzungen kaum formuliert werden. Marshall akzeptierte zwar offenkundig das Vorhandensein einer Krisensituation, die die Gefahr militärischer Eskalation und Konflikte in sich barg; er war indes aus innenpolitischen, ökonomischen (und moralischen?) Gründen nicht bereit, dieser Krise mit einer allgemeinen Militarisierung („war-time footing") von Staat, Gesellschaft und Ökonomie zu begegnen. Er zeigte sich vielmehr als Anhänger der frühen Containment-Ideologie: durch *politische* Maßnahmen der Sowjetunion die amerikanische Entschlossenheit zur Selbstbehauptung zu signalisieren. Nach seiner Auffassung war das UMT geeignet, auch ohne eine riesige einsatzbereite Armee der Sowjetunion zu verdeutlichen, „that we are going to be strong in a military way and that we are determined to back our course". Erst wenn die Sowjetunion von dieser Entschlossenheit der USA überzeugt sei, würde es möglich sein, „to begin the re-establishment of some kind of political balance and stability throughout the world". Während Marshall das UMT bevorzugte, gerade weil es *kein* Mittel war, „to get ready for a probable immediate war", weil es die Sowjetunion keiner unmittelbaren Bedrohung aussetzte, lehnten die JCS und Forrestal diese Lösung aus eben diesen Gründen ab. Sie versprachen sich eine wirksame Abschreckung nur von einer Verstärkung der sofort einsatzberei-

[85] FRUS, 1946/I, S. 1118 f., 1128 f., 1134 f., 1160 ff., 1169 ff.; Millis, S. 129.
[86] FRUS, 1948/I, 2, S. 599 f., 615 ff., 648 ff., 669 ff.; Millis, S. 511.
[87] Millis, S. 502, 508 ff.; Department of State Bulletin, 28. 3. 1948, S. 421 ff. (Marshall); FRUS, 1948/I, 2, S. 644 ff., 654 f.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten Streitkräfte, nicht aber von einem System, das im Ernstfall eine Mobilmachungsdauer von fast einem Jahr erforderte[88].

Auf Veranlassung Forrestals versuchten die JCS am 2. November 1948, durch eine Zusammenstellung aller „Existing International Commitments Involving the Possible Use of Armed Forces" (NSC-35) ihren alten Forderungen Nachdruck zu verleihen. Sie signalisierten nur insoweit Konzessionsbereitschaft, als sie anerkannten, daß ihre Maximalforderungen derzeit innenpolitisch nicht durchsetzbar waren. Sie plädierten aber letztlich nur für eine zeitliche Streckung der Programme, indem sie darauf beharrten, daß zumindest die Planungsarbeiten unbeirrt vorangetrieben würden. In jedem Falle sei die sofortige Bereitstellung der Mittel für eine „effective emergency action" unabdingbar. Auf dieser Grundlage müsse dann eine Ausdehnung der Maßnahmen „to all-out war effort" vorbereitet werden, um im Falle der Bewilligung die umfassenderen Rüstungsmaßnahmen „without avoidable delay" realisieren zu können. Gerade die Berlin-Krise habe erkennen lassen, wie unumgänglich eine Stärkung der militärischen Macht sei, wie gefährlich knapp die vorhandenen Reserven seien. Die Krise habe damit die alte These der JCS bestätigt, daß die außenpolitische Handlungsfähigkeit davon abhänge, „[to keep] our military capabilities abreast of our foreign commitments". Die Realität sehe indes genau umgekehrt aus, da „current United States commitments involving the use or distinctly possible use of armed forces are very greatly in excess of our present ability to fulfill them either promptly or effectively". Damit aber, so wiederholten sie ältere Warnungen, gerate das Land in eine gefährliche außen- und sicherheitspolitische Lage: „Lack of readiness constitutes, apparently, actual encouragement to aggression while also jeopardizing our national security in the event of war"[89].

Aber auch dieser Vorstoß blieb ohne Erfolg. Am 23. November 1948 verabschiedete der NSC das Papier NSC-20/4, das bereits am nächsten Tag vom Präsidenten offiziell gebilligt wurde[90]. Die Empfehlungen des Papiers trugen deutlich den Auffassungen Trumans und Marshalls Rechnung, wie die Erläuterungen des NSC-Stabes bestätigen: Zunächst wurde herausgestellt, daß die Verteidigungsfähigkeit durch zuviel Rüstung ebenso gefährdet werden könne wie durch zuwenig. „Die USA sollten sich bemühen, nationale Sicherheitsprogramme nicht über den Punkt hinausgehen zu lassen, an dem fiskalische und monetäre Maßnahmen ... mit den Erfordernissen in Einklang stehen. Wenn entschieden werden sollte, die Ausgaben über diese kritische Zone hinaus zu erhöhen, dann muß dies in dem vollen Bewußtsein getan werden, daß umfassendere Kontrollen, einschließlich Preis- und Lohnkontrollen, erforderlich sein könnten." In jedem Falle müsse daher angestrebt werden, „to avoid unduly impairing our economy and the fundamental values and institutions inherent in our way of life". Eine Rüstungswirtschaft nach dem Muster des Weltkrieges, dies war gemeint, würde das liberal-kapitalistische Wirtschaftssystem unterhöhlen, die Wirtschaft überfordern,

[88] Schilling, S. 149; Millis, S. 369, 377, 397, 432.
[89] FRUS, 1948/I, 2, S. 656 ff.
[90] FRUS, 1948/I, 2, S. 663 ff.; FRUS, 1949/I, S. 270 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine Beeinträchtigung des privaten Konsums nach sich ziehen und eine spürbare Erhöhung der Steuerlasten erforderlich machen. All dies kam, trotz der raschen Abfolge der Krisen, in einem Wahljahr nicht in Betracht.

Dennoch stellte das Papier klar, daß diese Mäßigung im Bereich der Rüstungs- und Haushaltspolitik „vacillation, appeasement or isolationist concepts in our foreign policy" ausschloß. Angestrebt wurde vielmehr ein „level of military preparedness which can be maintained as long as necessary": zur Abschreckung der Sowjetunion, zur Ermutigung der Verbündeten und „as an adequate basis for immediate military commitments and for rapid mobilization should war prove unavoidable". In diesen Passagen spiegelte sich fast wörtlich die skizzierte Grundposition Marshalls wider: eine *politische* Demonstration militärischer Bereitschaft, *keine* militärische Demonstration zur Lösung politischer Probleme.

Wenn Truman und Marshall sich so offenkundig an binnenwirtschaftlichen und innenpolitischen Prioritäten orientierten, dann kündigte sich hier bereits die Hinwendung zur Bündnislösung als Ersatzvariante an. Während Marshall gegenüber Forrestal am 8. November 1948 keineswegs bestritt, daß die Hauptaufgabe der USA das „restraining aggressive action on part of the Soviet Union" sei, so verstand er dies eher in globalen, vielleicht auch atomaren Dimensionen. Denn er verlangte nun die arbeitsteilige, transatlantische Verteidigungsgemeinschaft: „Es sollte unsere Politik sein, westeuropäische Bodentruppen aufzubauen, was [für uns] die Bereitstellung von Rüstungsgütern bedeutet. Wir sollten zu diesem Zeitpunkt nicht den Aufbau von US-Bodentruppen mit dem ausdrücklichen Ziel in Angriff nehmen, diese in Westeuropa einzusetzen." Eine westeuropäische Verteidigungskooperation, wie sie sich in der Westeuropäischen Union ankündigte, würde die USA personell wie finanziell erheblich entlasten, den amerikanischen Beistand auf eine (innenpolitisch leichter durchsetzbare) Waffenhilfe reduzieren, die zudem noch den Vorteil besaß, informelle politische Abhängigkeiten zu verfestigen[91]. Nur eine sehr untergeordnete Rolle spielte das Zugeständnis an die Militärs und die rüstungsfreundlichen Teile des State Department, durch Propagandamaßnahmen die „mental preparedness" (Kennan) der Bevölkerung zu stärken, „so that it will be prepared to support the measures which we must accordingly adopt"[92].

Die „battle of the budget" (Millis) war damit entschieden. Am 10. Januar 1949 leitete der Präsident dem Kongreß den Haushaltsentwurf zu, der weiterhin einen Militärhaushalt in Höhe von 14,4 Mrd. Dollar enthielt. Truman hatte diese Entscheidung jedoch gegen die Mehrheitsauffassung innerhalb seiner Regierung durchgesetzt. Zweifellos ging es ihm nicht nur darum, aus wahltaktischen Gründen keine neuen Verteilungskämpfe gegen die Gewerkschaften wie in den vorangegangenen Auseinandersetzungen mit Stahlarbeitern und Eisenbahnern zu riskieren oder angesichts eines oppositionellen Kongresses die Wirtschaft mit der Wiedereinführung von Kontrollen zu belasten. Die Inflationsbekämpfung durch seine Fiskalpolitik und die

[91] FRUS, 1948/I, 2, S. 655; FRUS, 1948/III, S. 1 ff. Vgl. Anm. 34.
[92] FRUS, 1948/I, 2, S. 668. Vgl. Anm. 28.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Begrenzung des Rüstungshaushaltes waren zugleich wesentliche Voraussetzungen für den sozialpolitischen Kurs des „Fair Deal" in seiner zweiten Amtszeit[93]. Paradoxerweise begann indes mit seinem Sieg innerhalb der Regierung das Ende dieses Kurses. Denn nur zehn Tage später, am 20. Januar 1949, wurde Truman für die zweite Amtszeit vereidigt. In der neuen Regierung wurden die aus gesundheitlichen Gründen ausscheidenden Minister Forrestal und Marshall durch Louis Johnson bzw. Dean Acheson ersetzt. Während Johnson, in Umkehrung der bisherigen Verhältnisse, teils aus Loyalität, teils aus Überzeugung die Sparpolitik seines Präsidenten innerhalb des eigenen Ressorts verteidigte, schloß sich Acheson der Linie Forrestals an. In dem nun einsetzenden Kampf um den Haushalt 1951 sah sich Johnson sehr bald in die Defensive gedrängt und wußte sich nur mit sehr eigenwilligen, weniger politischen als bürokratischen Maßnahmen gegen sein Ministerium und gegen Acheson zur Wehr zu setzen[94]. Die Gewichte in den Fragen der Sicherheitspolitik hatten sich geradezu umgekehrt, da Acheson nicht nur auf die Unterstützung praktisch des gesamten State Department (mit Ausnahme Kennans), sondern auch auf die des Pentagon, der JCS und des größten Teils des NSC rechnen konnte. Acheson griff bereits im Mai öffentlich die Strategie Forrestals auf, indem er ankündigen ließ, das State Department werde jährlich eine außenpolitische Bestandsaufnahme erarbeiten, „to cover where we have been and where we are going", um damit den Militärs die Eckdaten an die Hand zu geben, „so that they can plan their budget"[95]. Damit war bereits im voraus erkennbar, daß Acheson den Haushaltsentwurf für 1951 (NSC-52) nicht akzeptieren würde, da dieser zur Anpassung der Staatsausgaben an das sinkende Steueraufkommen eine neuerliche Kürzung des Rüstungsetats auf 13,5 Mrd. Dollar vorsah[96]. Während Johnson durchaus Möglichkeiten für weitere Einsparungen zu erkennen glaubte, forderte Acheson eine völlig andere Grundauffassung: Sicherheitspolitik könne nur betrachtet werden „from the point of view of what peoples and governments *will* do rather than what they *can* do". Er hielt daher die Haushaltsansätze für indiskutabel, für „a mere fraction of what the United States could afford. Indeed the word ‚afford' struck him as silly. The thing no nation could afford was insufficient defense; therefore it bordered on insanity for a government to adjust military requirements to the budget rather than the other way round"[97].

Acheson teilte dem Präsidenten diese Auffassung in dem Papier NSC-52/3 mit. Die globalen Interessen der USA verlangten einerseits die bewußte „acceptance of the responsibility for leadership in world affairs", andererseits die Einbindung in kollektive Bündnisse zur Gewährleistung von „security and welfare". Solange diese beiden durch die Sowjetunion bedroht würden, seien die USA gezwungen, „to adopt and ef-

[93] Vgl. Alonzo L. Hamby, Beyond the New Deal. Harry S. Truman and American Liberalism, New York 1973, S. 293 ff.

[94] Zum Stil der Auseinandersetzungen vgl. Acheson, S. 372; FRUS, 1949/I, S. 302; FRUS, 1950/I, S. 203 ff., 365 ff.

[95] FRUS, 1949/I, S. 298, 314, 345 f., 365 f.

[96] FRUS, 1949/I, S. 349 ff., 354 ff., 501 ff.

[97] FRUS, 1949/I, S. 364, 369 ff.; Gaddis Smith, Dean Acheson, New York 1972, S. 162.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fectively maintain programs which will both safeguard its security and welfare against the threats posed by the USSR, and lead to the establishment of the world conditions which we seek. These programs include a fundamental effort on the part of the United States to develop and maintain an adequate level of military preparedness". Den Vorstellungen des Präsidenten wurde nur noch sehr bedingt zugestimmt. Zwar gelte es, „[to] take due care to avoid permanently impairing our economy and the fundamental values and institutions in our way of life", in seiner Mehrheit stimmte der NSC jedoch einem weiteren Ansteigen der Staatsverschuldung zugunsten erhöhter Rüstungsausgaben zu. Nur wenige Tage später konnte, wirkungsvoll unterstützt durch das Bekanntwerden der ersten sowjetischen Atombombenexplosion, die Forderung nach einer zusätzlichen Beschleunigung und Ausweitung des Atom-Programms hinzugefügt werden[98].

Das Papier NSC-52/3 beeindruckt zunächst durch seine außerordentliche, kompromißlose Schärfe, mit der die Unversöhnlichkeit der Gegensätze zwischen den beiden Weltmächten formuliert wurde. Dies markierte, im Vergleich zu dem Papier NSC-20/4, den Übergang von Marshall/Kennan zu Acheson/Nitze, der nicht allein Ausdruck taktischer Zuspitzung im Zuge der neuerlichen „battle of the budget", sondern vor allem Ausdruck unterschiedlicher Grundüberzeugungen war. Auch wenn sich Acheson/Nitze gezielt in ihrem berühmten Papier NSC-68 auf das 1948 vom Präsidenten gebilligte Programm von NSC-20/4 beriefen, so war doch die drastische Verschiebung der Akzente unverkennbar, wie sich u. a. in der knappen Formulierung äußerte, „that the world situation, which is called a cold war, is in fact a real war and that the Soviet Union has one purpose and that is world domination"[99]. Die sowjetische Durchbrechung des amerikanischen Atommonopols, die Veränderungen in der Rüstungstechnologie, die notwendigen Anpassungen in der Militärstrategie und die mögliche Eskalation der Abschreckung durch den Bau der H-Bombe, die absehbare atomare Bedrohung der USA selbst machten alle bisherigen Rücksichten auf ökonomische Realisierbarkeit und öffentliche Meinung hinfällig. „When our military strength is related to the world situation and balanced against the likely exigencies of such a situation, it is clear that our military strength is becoming dangerously inadequate." Diese gefährliche Lage, aufgrund ihres nur schleichenden „trend against us" verkannt und unterschätzt, „imposes on us, in our own interest, the responsibility of world leadership". Vorrangiges Ziel aller Bemühungen müsse „a substantial and rapid building up of strength in the free world" sein. Da diese Anstrengungen die Kräfte der

[98] FRUS, 1949/I, S. 385 ff. Die Entstehungsgeschichte des Papiers bleibt etwas im dunkeln; vgl. Acheson, S. 345, auch Paul Y. Hammond, NSC-68, Prologue to Rearmament, in: Schilling/Hammond/Warner, S. 287 ff. Die Atombombenexplosion „produced unity and determination ... For that reason Acheson welcomed it ... Soviet menace always made it easier for Acheson to persuade Congress and people to do the things that he deemed necessary for security"; Smith, S. 150. Zum Atomprogramm vgl. FRUS, 1949/I, S. 501 ff., 535 ff., 558, 560 f., 564.

[99] FRUS, 1950/I, S. 242, 287 ff., 292, Zitat S. 207. Vgl. Mai, Sicherheitspolitik, S. 178 ff. Zur Entstehungsgeschichte von NSC-68 vgl. Acheson, S. 373 ff., jetzt auch dokumentiert in FRUS, 1949/I, S. 416 ff., passim.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

USA überstiegen, müßten die Verbündeten ihren Teil der Lasten tragen; „but their ability and determination to do it will depend on the action the United States takes to develop its own strength and on the adequacy of its foreign political and economic policies". Die USA müßten daher selbst bereit sein, mit eigenen schmerzlichen Opfern voranzugehen; das aber werde unvermeidlich „significant domestic financial and economic adjustments" nach sich ziehen[100].

NSC-68 stellte bewußt eine radikale Abkehr von jeglichen Traditionen amerikanischer Rüstungs- und Sicherheitspolitik in Friedenszeiten dar. Es war in seinen Folgerungen für die unmittelbare Umsetzung (z.B. im Hinblick auf die deutsche Wiederbewaffnung) mit Bedacht vage geblieben, hatte ebenso gezielt eine auch nur annähernde Festlegung auf die möglichen Kosten vermieden. Seine Grenzen sollten allein von dem Ziel bestimmt werden, zum einen die Welteroberungspläne der Sowjetunion „by the steady development of the moral and material strength of the free world" zu vereiteln, zum anderen aus der Position der (militärischen) Stärke heraus „to bring about an internal change in the Soviet system"[101]. Das hieß aber nichts anderes als: erst Containment, dann Übergang zur „Liberation".

Acheson und dem State Department war bewußt, daß ein solches „gigantic armament race", wie es NSC-68 unweigerlich nach sich ziehen mußte, innen- und bündnispolitisch nicht ohne weiteres durchsetzbar sein würde. Seit Februar 1950 war Acheson daher darum bemüht, durch verschiedene Grundsatzreden das Land auf seine Politik vorzubereiten, die noch lange nicht vom Präsidenten gebilligt worden war. „I intend to continue making speeches on the subject, driving home each time the same basic points, and adding little by little to the proposals for meeting these problems". Die Public Affairs Abteilung des State Department hatte Acheson bereits Anfang April darauf hingewiesen, daß, „sosehr wir auch die Stimmung aufpeitschen, wir bei der informierten Öffentlichkeit auf eine breite Opposition gegenüber einem riesigen Rüstungswettlauf stoßen werden ... Darüber hinaus fürchte ich, daß, selbst wenn wir die Idee verkaufen können, die amerikanische Öffentlichkeit rasch dieser Anstrengungen müde würde. Ohne eine reale und anhaltende Krise kann ohne jeden Zweifel eine Diktatur einen konventionellen Rüstungswettlauf länger durchhalten als eine Demokratie". In diesem Sinne ging auch NSC-68 davon aus, daß die geplanten Programme schneller zu realisieren seien „in a declared period of emergency or in wartime through a full-out national effort"[102].

Die Taktik Achesons in der Korea-Krise war damit vorgezeichnet. Trumans Äußerung, von Acheson formuliert, „der Angriff auf Korea macht es über jeden Zweifel

[100] FRUS, 1950/I, S. 234ff., Zitate S. 207, 241, 261, 283f., 290. Ein großes Aufrüstungsprogramm wurde aber z.B. von Lovett als ein Mittel zur Konjunkturbelebung gesehen, so daß dieses Programm sich über ein erhöhtes Steueraufkommen zum Teil selbst finanzieren werde; FRUS, 1950/I, S. 199.

[101] FRUS, 1950/I, S. 291. Ähnlich allerdings auch schon NSC-20/4 (FRUS, 1948/I, 2, S. 662ff.) und das Asienpapier NSC-48/2 (FRUS, 1949/VII, S. 1215ff.). Zur Politik der Stärke bei Acheson vgl. FRUS, 1950/I, S. 208; Mai, Sicherheitspolitik, S. 208.

[102] FRUS, 1950/I, Zitate S. 207, 209, 225, 262.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erhaben, daß der Kommunismus über den Einsatz von Subversion zur Eroberung unabhängiger Nationen hinausgegangen ist und jetzt bewaffnete Invasion und Krieg einsetzt", bedeutete nichts anderes als die offizielle Bestätigung der Thesen von NSC-68. Nachdem sich jedoch sehr bald gezeigt hatte, daß Korea nicht der Beginn des Dritten Weltkrieges war, trat in der Öffentlichkeit eine gewisse Beruhigung ein. „Mitte Juli kam er [Acheson] zu dem Schluß, daß das Ausmaß der amerikanischen Antwort auf den Krieg gefährlich unangemessen war ... Die USA müßten prompte und drastische Maßnahmen ergreifen, sagte er. Der Präsident sollte von dem Kongreß eine große Summe Geld verlangen – eher zuviel als nicht viel genug." In ungewöhnlich scharfer Tonart attackierte Truman daraufhin die Sowjetunion (ohne diese beim Namen zu nennen) in seiner ebenfalls von Acheson verfaßten „Special Message to Congress" vom 19. Juli und in der am gleichen Tag konzipierten „Address to the People". „Mit größter Bestürzung in seiner Stimme, wie Acheson ihn gedrängt hatte, rief Präsident Truman die Erinnerung an die ‚30er Jahre wach, als Aggression, die keinen Widerstand fand, neue Aggression und endlich Krieg erzeugte.'" Mit Erfolg: „Die Reaktion im Kongreß war hervorragend."[103]

Schon Gardner hat, darin von Kennan bestätigt, die Motive für dieses Vorgehen darin erblickt, nach dem (ebenfalls von Acheson mitentworfenen) Vorbild der Truman-Doktrin die tatsächliche Gefahr zu überzeichnen, um das in NSC-68 konzipierte Maximalprogramm leichter durchsetzen zu können. Diesen Zwecken dürfte u. a. auch die Verkündung des nationalen Notstandes am 1. September gedient haben. Selbst Marshall, als Verteidigungsminister in die Regierung zurückgekehrt, befürchtete nun, der Krieg in Korea könnte beendet sein, ehe die in Angriff genommene Aufrüstung des Westens abgeschlossen sei[104]. In jedem Fall aber hatte Acheson im Zeichen von Korea zumindest intern sein Ziel erreicht: Die Folgerungen von NSC-68 waren nicht länger umstritten. Der Präsident beauftragte den NSC am 28. Juli, bis zum 1. September Empfehlungen über die Verwirklichung von NSC-68 zu erarbeiten, damit diese in die Planungen für den Haushalt 1952 eingehen konnten[105]. Zwar ließen sich in der Folgezeit die gigantischen Rüstungsprogramme, wie sie die NATO 1952 in Lissabon formulieren sollte, auch unter diesen Vorzeichen nicht realisieren, aber im Laufe des Korea-Krieges erreichten die amerikanischen Rüstungsausgaben mit 44 Mrd. Dollar nominell den Stand von 1945; sie bewegten sich damit in eben der Größenordnung, die vom State Department ursprünglich als Folgekosten von NSC-68 grob und unverbindlich geschätzt worden war[106]. Innen- wie bündnispolitisch hat Korea Acheson viele, wenngleich keineswegs alle Hindernisse aus dem Weg geräumt; dies galt nicht minder für die Vereinten Nationen.

---

[103] Mai, Sicherheitspolitik, S. 23, 28 f.; Smith, S. 196 f.; Gardner, S. 7.

[104] Stueck, S. 256. Die chinesische Intervention führte zur neuerlichen Forderung, NSC-68 „at a far faster tempo and on an expanded scale" zu realisieren. „It is a policy closely approaching mobilization"; FRUS, 1950/I, S. 1084.

[105] FRUS, 1950/I, S. 351 f., 1572.

[106] Mai, Sicherheitspolitik, S. 18.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

III. Amerikanische Sicherheitspolitik und die Vereinten Nationen

Die Hoffnungen Roosevelts, durch eine gleichberechtigte Kooperation der Großmächte die Friedenssicherung ebenso gewährleisten zu können wie ein globales Freihandelssystem, war von Beginn an in der amerikanischen Administration auf Skepsis und Widerstand gestoßen. Die Konstruktion der Vereinten Nationen, besonders die des Sicherheitsrates mit dem Veto-Recht der Großmächte als ständigen Mitgliedern, spiegelte die politischen Konstellationen der Yalta-Konferenz wider: Das Veto-Recht galt nur für die Wiederherstellung des Friedens durch Sanktionen (Abschnitt VII der Charta); bei einer friedlichen Schlichtung (Abschnitt VI) sollten sich die Großmächte der Stimme enthalten, wenn sie selbst in den Konflikt verwickelt waren. Bei reinen Verfahrensfragen war dagegen kein Veto möglich. Durch ein Amendment des US-Senators Vandenberg erhielt die UN-Generalversammlung zusätzlich das Recht, Maßnahmen zur gewaltlosen Beilegung von Konflikten dem Sicherheitsrat zu *empfehlen*, um so den Bedenken der kleineren Mitgliedsstaaten angesichts der erdrückenden Dominanz der Großmächte zumindest vordergründig entgegenzukommen[107].

In den USA machten sich bereits im Mai 1945 gewichtige Stimmen gegen diese Veto-Regelung bemerkbar. John F. Dulles und Senator Vandenberg, Mitglieder der Delegation in San Francisco, waren wie der Acting Secretary of State, Joseph Grew, der Auffassung, „that the United Nations ‚will be incapable of preserving peace and security' because the right of veto in the Security Council would prevent collective action against ‚the one certain future enemy, Soviet Russia' "[108]. In gleichem Sinne hielt auch Acheson die Regelungen für „impracticable" und sah 1948 den einzig positiven Effekt darin, daß die Sowjetunion durch ihr Verhalten in den UN den USA direkt und indirekt Material und Anlaß für propagandistische Aktionen lieferte[109].

Nachdem bereits im Oktober 1946 die kleineren Mitgliedsnationen einen ersten Vorstoß zur Einschränkung des Vetos unternommen hatten, setzten auch in den USA in verstärktem Maße Bestrebungen ein, wie durch eine Ergänzung der Verfahrensregeln ein „Mißbrauch" des Vetorechtes seitens der Sowjetunion verhindert werden könne[110]. Ansatzpunkt waren – dies sollte vor allem im Hinblick auf die Resolution „Uniting for Peace" im Rahmen des Korea-Konfliktes vom 3. November 1950 Bedeutung gewinnen[111] – die Regelungen, die auf Betreiben von Dulles und Vanden-

[107] FRUS, Malta and Yalta, S. 85 ff., 589 ff., 660 ff., 682 ff., 711 ff., 943 f., 971, 994 ff.; FRUS, 1948/I, 1, S. 205 ff.; Ruth B. Russell, A History of the United Nations Charter. The Role of the United States 1940–1945, Washington 1958; Leland M. Goodrich, Expanding Role of the General Assembly. The Maintenance of International Peace and Security, in: International Conciliation Documents, Nr. 491, New York 1951, S. 236 ff., 248 ff.; Czempiel, S. 73 ff.

[108] John L. Gaddis, The United States and the Origins of the Cold War 1941–1947, New York–London 1972, S. 228 f.

[109] Acheson, S. 111; The United States in World Affairs 1947/48, publ. by the Council on Foreign Relations, New York 1947, S. xiii.

[110] The United States in World Affairs 1945–1947, S. 428 ff.

[111] Abgedruckt in: Gundolf Fahl, Der UN-Sicherheitsrat. Analyse und Dokumentation nach dreißigjährigem Bestehen, Berlin 1978, S. 168 ff. Vgl. dazu Detlev Christian Dicke/Hans-Werner Renge-

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

berg zugunsten der Vollversammlung verändert worden waren (Art. 10–12 sowie 14 der Charta). Danach konnte die Generalversammlung alle Fragen erörtern, welche die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit betrafen, und zu diesem Zweck den Konfliktparteien und/oder dem Sicherheitsrat Ratschläge erteilen (Art. 11). Allerdings durfte die Generalversammlung keinen Fall beraten, solange der Sicherheitsrat seine „Obliegenheiten" ausübte und den Fall nicht von seiner Tagesordnung gestrichen (Art. 12) bzw. seinerseits der Generalversammlung zur Beratung überwiesen hatte. Vorbehaltlich der Bestimmungen des Art. 12 konnte die Generalversammlung Maßnahmen zur Herbeiführung eines friedlichen Ausgleichs *empfehlen*.

Schon 1946 hatte sich angedeutet, daß die USA sich langfristig durch einen handlungsunfähigen Sicherheitsrat nicht davon abhalten lassen würden, durch einseitige Aktionen ihre „moral obligations to act in accordance with these purposes and principles" der Charta wahrzunehmen[112]. Erst im Rahmen der Griechenland-Krise kam es jedoch zu konkreten Überlegungen, wie dies politisch und rechtlich realisierbar sei. Ein Papier des SWNCC vom 3./5. März 1947 definierte die Gewährleistung von Freiheit und Unabhängigkeit aller Mitgliedsstaaten als oberstes Ziel der UN. „Die nationale Sicherheit der USA hängt zu einem hohen Grad von der Erhaltung der Prinzipien der Vereinten Nationen und von der Erhaltung des Vertrauens anderer Nationen in diese Prinzipien ab. Eine Machtergreifung einer kommunistischen Minderheit in Griechenland würde dieses Vertrauen ernsthaft beeinträchtigen." Nur konsequent war daher die Schlußfolgerung, daß jede Veränderung des globalen Status quo nicht allein die nationalen Sicherheitsinteressen tangieren, sondern auch „profoundly disturbing" für Struktur und Bedeutung der Vereinten Nationen sein müßte. Hier war offenkundig die Einbeziehung der Vereinten Nationen in die Containment-Politik vollzogen. Das amerikanische Engagement in Griechenland, „the granting of economic assistance and otherwise", stand damit in vollem Einklang zumindest mit dem Geist der UN-Charta. „Jede Hilfe, die Griechenland gewährt wird", so formulierte abermals Acheson pointiert diese Gleichsetzung von nationalen Interessen und globaler Friedensordnung, „ist im Interesse des Weltfriedens und der Sicherheit der USA"[113].

Bereits am 3. Dezember 1946 hatte Griechenland die Zwischenfälle an den Grenzen zu Albanien, Bulgarien und Jugoslawien vor die Weltorganisation gebracht, da diese als Eingriff in den griechischen Bürgerkrieg zu werten seien. Die daraufhin vom Sicherheitsrat eingesetzte Untersuchungskommission, der auch die USA und die UdSSR angehörten, legte nach vier Monaten einen Bericht vor, der mit der westlichen Mehrheit „acts by Yugoslavia, Albania and Bulgaria which in our view constitute aggression" feststellte. Allerdings fehlten der Kommission dafür jegliche Beweise. Es ging den USA vielmehr darum, mit Hilfe dieses Kommissionsberichtes eine mög-

ling, Die Sicherung des Weltfriedens durch die Vereinten Nationen. Ein Überblick über die Befugnisse der wichtigsten Organe, Baden-Baden 1975.

[112] FRUS, 1946/I, S. 302, 336.

[113] FRUS, 1947/V, S. 76 ff., 108.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lichst breite Definition des Aggressions-Begriffes sanktionieren zu lassen, die auch die „indirekte Aggression" einschloß, die für die USA das eigentliche Merkmal des „kalten" Krieges war. Da nur geringe Hoffnungen bestanden, daß die Sowjetunion im Sicherheitsrat diese Formel akzeptieren würde, brachten die USA erstmals öffentlich die Alternative ins Gespräch, im Falle eines sowjetischen Vetos die Frage vor die Generalversammlung zu tragen, gleichzeitig auch „additional action ... consistent with the purposes and principles of the UN" zu ergreifen. Während ersteres eine sehr weite Auslegung des Buchstabens der Charta bedeutete, ließ die zweite Option erkennen, daß die USA zu einem wie auch immer gearteten bilateralen Eingreifen im „Geiste" der Charta bereit waren. Als Grundlage für ein solches Vorgehen wurde erstmals der Art. 51 der Charta herangezogen, der das Selbstverteidigungsrecht der Nationen enthielt. „Bei der Heranziehung des Artikels würden sich die USA vermutlich auf die Theorie stützen, daß ein Angriff gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen offenkundig (clearly) immer als ein Angriff gegen alle verstanden werden kann."[114] Dies bedeutete zweifellos eine Verengung des Begriffs der kollektiven Sicherheit in Art. 51 auf bilaterale und/oder multilaterale, regional begrenzte Verteidigungsbündnisse. Noch hatten die USA offenkundig Bedenken gegen ein solches Vorgehen, der Weg in die NATO war jedoch vorgezeichnet. Wenngleich die NATO und ähnliche Organisationen auf den Grundsätzen der Vereinten Nationen fußen sollten, so wurde aber doch mit diesem Weg eine Spaltung innerhalb der Weltorganisation in Kauf genommen, die deren (ohnehin geringe) friedenstiftende Funktion weiter unterhöhlen mußte.

Die USA verfolgten die hier vorgezeichnete Strategie mit konsequenter Zielstrebigkeit, indem sie zunächst ein sowjetisches Veto provozierten, um die Sowjetunion politisch zu isolieren und den Sicherheitsrat zu überspielen[115]. Daß es nicht mehr um Jugoslawien, Albanien und Bulgarien ging, machte Dean Rusk deutlich, als er die Errichtung einer UN-Kommission vorschlug, die alle Fälle von indirekter Bedrohung „through infiltration, subversive actions of minorities or other measures falling short of outright armed aggression" untersuchen sollte. Eine Diskussion dieser nach amerikanischer Auffassung spezifischen Mittel sowjetischer Expansion sollte der UN-Vollversammlung die Gelegenheit bieten „for stating the case against Russian infiltration and assault on the integrity of such states as Greece, Hungary, Rumania, Bulgaria and Austria". Die Vereinten Nationen wurden immer deutlicher zum Forum für propagandistische Attacken gegen die Sowjetunion. Die griechische Frage sollte lediglich dazu dienen, „a powerful impetus for the Assembly and for the mobilization of world opinion" zu erzeugen; die Einbeziehung von Ungarn, Bulgarien und Rumänien ließ sich zudem als Versuch interpretieren, vom Containment zur Befreiung überzugehen[116].

---

[114] FRUS, 1946/VII, S. 214 ff.; FRUS, 1947/V, S. 241, 816 ff., 865 f.; FRUS, 1947/I, S. 15, 171, 281, 716. Auch FRUS, 1948/III, S. 61 ff. (PPS-27).

[115] FRUS, 1947/V, S. 870, 877 ff.

[116] FRUS, 1947/I, S. 15, 17; FRUS, 1947/V, S. 880 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nachdem die Sowjetunion erwartungsgemäß zwei amerikanische Anträge, eine neue Kommission nach Griechenland zu entsenden bzw. den Fall an die Generalversammlung zu überweisen, durch Veto zu Fall gebracht hatte, war der „build-up for GA [General Assembly] action" gegeben: Auf amerikanischen Antrag wurde die Absetzung von der Tagesordnung des Sicherheitsrates mit westlicher Mehrheit beschlossen, da die Sowjetunion gegen diese Verfahrensfrage kein Veto einlegen konnte. Am 24. September trugen die USA den Fall vor die Generalversammlung, die am 20. Oktober die Entsendung eines „Special Committee on the Balkans" (UNSCOB) beschloß[117]. Zwar konnten die USA diesen Erfolg nicht bis zum letzten auskosten, da die Versuche, „to circumvent the Security Council and the veto", auch bei ihren westlichen Partnern auf Vorbehalte stießen, sie waren jedoch entschlossen, eine Blockade des Sicherheitsrates „by Communist veto and other obstructionist tactics" nicht länger hinzunehmen, sondern mit Hilfe einer ganzen Reihe entsprechender Vorstöße die Vereinten Nationen auf ihren Kurs festzulegen, nämlich „to make increasing use of the GA following the pattern in the Greek case"[118].

Es blieb weiterhin das vorrangige Ziel der USA, ihre bilaterale Hilfe an Griechenland mit der moralischen Autorität der UN zu versehen, die über den Rahmen des Art. 51 der Charta hinausging: „Die US-Politik im diplomatischen Bereich geht dahin, Griechenland durch die Vereinten Nationen zu unterstützen, um so das Gewicht der ganzen Welt und nicht nur eines Landes zum Tragen kommen zu lassen"[119]. Die Vollversammlung (bzw. in den Pausen zwischen den Sessionen das Interim Committee[120]), nicht aber der Sicherheitsrat sollten einer möglichen Intervention die nötige Rückendeckung liefern, da das State Department ohne eine solche Legitimation „appreciable adverse reactions ... to the use of U.S. military power" selbst bei den eigenen Verbündeten befürchtete.

Im Falle einer diplomatischen Anerkennung oder gar einer offenen militärischen Unterstützung der griechischen Kommunisten durch die kommunistischen Nachbarstaaten sollte die Generalversammlung diese Staaten auffordern, jegliche Hilfestellung zurückzuziehen. Werde dieser Auffassung keine Folge geleistet, würden die USA „a Greek request for a resolution" unterstützen, in der alle Mitgliedsstaaten der UN aufgerufen werden sollten, „to render maximum assistance to the Greek government in any practicable way". Diese vorsichtige Formulierung, die nicht nur auf entsprechende amerikanische Formulierungshilfe deutet, sondern auch fast wörtlich mit

[117] FRUS, 1947/V, S. 879, 886 ff.

[118] FRUS, 1947/I, S. 167, 172; FRUS, 1948/I, 1, S. 223 f.

[119] FRUS, 1948/IV, S. 257.

[120] Dieses Interim Committee, das später auch in „Uniting for Peace" wieder auftauchen sollte, ging auf einen Vorschlag von Dean Rusk zurück. Es sollte die moralische Autorität der nicht permanent tagenden Vollversammlung stärken, so daß „the Soviet attitude in the Security Council might be more reasonable". Ziel war es, vor allem in der Veto-Frage zu Fortschritten in amerikanischem Sinn zu kommen und die politischen Gewichte weiter zuungunsten des Sicherheitsrates zu verschieben. FRUS, 1947/I, S. 187, 191, 218 ff., 235 (Anm. 2); FRUS, 1948/I, 1, S. 212 ff., 223 f.; FRUS, 1950/II, S. 33.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der entsprechenden Passage der Korea-Resolution vom 26. Juni 1950 übereinstimmt, war bewußt vage gehalten worden, um den USA jede Freiheit bei der Wahl der einzusetzenden Mittel zu belassen: „Obwohl eine solche Resolution militärische Hilfe nicht ausdrücklich erwähnen sollte, sollte doch sehr sorgfältig darauf geachtet werden, daß die Resolution der Generalversammlung direkte militärische Unterstützung nicht ausschließt"[121]. Ein Auftrag der Generalversammlung mußte einer amerikanischen Intervention eine ganz andere moralische Qualität verleihen als die bloße Berufung auf das Selbstverteidigungsrecht der Völker gemäß Art. 51 der UN-Charta, selbst bzw. gerade wenn es in bilateralem Rahmen erfolgte. Die USA dachten aber bereits weiter: Durch den Einsatz einer „Internationalen Brigade"[122] sollte – wie später in Korea – eine multinationale UN-Truppe aufgestellt werden, die auch die übrigen Mitglieder der Vereinten Nationen in die politische Verantwortung für eine Intervention einband.

Der amerikanische Vorstoß scheiterte jedoch daran, daß die UN-Balkan-Kommission keine Beweise für ein direktes oder indirektes Eingreifen der kommunistischen Anrainerstaaten in den griechischen Bürgerkrieg erbringen konnte. Vergeblich war der amerikanische Vertreter in der Kommission angewiesen worden, daß alle Grenzverletzungen und Unterstützungsleistungen der Kommunisten „be in full light of UN observation, so that nature of fighting in northern Greece cannot be misinterpreted or misrepresented". Ein entsprechender Bericht würde, so hoffte das State Department, „condition world opinion for later forceful GA action". Die USA bemühten sich unermüdlich, wenngleich abermals vergeblich, in dem Bericht an die Generalversammlung möglichst weitreichende Formulierungen und Definitionen der „indirekten Aggression" festzuschreiben, um in der Vollversammlung „with strongest language justified by realities of situation" die Debatte eröffnen zu können. Da der griechische Vorschlag, gemäß Art. 51 „armed assistance from other countries" zu beantragen, zwar der Sache nach gerechtfertigt, aber nicht durchsetzbar sei, sollte wenigstens ein Propagandaerfolg erzielt werden, „since strong appeal to public opinion and tongue lashing for culprits is only substitute we can offer for Chapter VII action which situation really warrants but which could not be obtained or implemented under present circumstances"[123].

Da die Korea-Frage seit 1947 parallel zur Griechenland-Frage in den Vereinten Nationen zur Debatte stand[124], lag es nahe, hier in ähnlicher Form vorzugehen. Allerdings unterschieden sich die beiden Problemkreise in zwei wesentlichen Punkten: Zum einen waren die USA bemüht, ihr Disengagement in Korea durch eine Übertragung der Verantwortung auf die Vereinten Nationen vorzubereiten[125]; zum anderen waren sie als Besatzungsmacht nicht Mitglied der entsprechenden Korea-Kommis-

[121] FRUS, 1948/IV, S. 47 ff., 208, 259, 273 (Anm. 1), 276. Zur Korea-Resolution vgl. FRUS, 1950/VII, S. 156.
[122] FRUS, 1948/IV, S. 4 f., 11, 15 ff., 33.
[123] FRUS, 1948/IV, S. 238 f., 245 ff., 258 ff., 262, 267 f., 270 ff.
[124] Dobbs, S. 104 ff.
[125] FRUS, 1948/VI, S. 1168 f., 1187; FRUS, 1949/VII, S. 1053, 1068, 1084, 1090 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sionen. Gleichwohl verfolgten die USA mit Hilfe der UN Temporary Commission on Korea (UNTCOK) und der UN Commission on Korea (UNCOK) die gleichen Ziele wie mit der Balkan-Kommission (UNSCOB): „Die Situation in Korea ist analog zu der in Griechenland, wo UN-Beobachter über aggressive Aktivitäten der Guerillas und der Nachbarn Griechenlands berichten, aber nicht als Vermittler zwischen der griechischen Regierung und den griechischen Rebellen dienen"[126]. Denn an einer Einigung zwischen beiden Parteien oder gar an einer Wiedervereinigung Koreas war den USA nicht gelegen, da letztere den amerikanischen Interessen zuwiderlaufe „by preparing the way for communists to enter the Korean government"[127].

Die Möglichkeiten zur Beeinflussung von UN(T)COK seitens der USA waren jedoch stark eingeschränkt, da die Kommissionsmitglieder der amerikanischen Besatzungspolitik wie der koreanischen Innenpolitik reserviert gegenüberstanden. Nur z.T. als Reaktion auf diese Haltung zeigten die amerikanischen Behörden in Korea geringe Kooperationsbereitschaft. Sie befürworteten eine bilaterale Lösung, bemängelten daher vor allem, die Kritik der Kommission sei „nicht hilfreich", da sie der sowjetischen Propaganda die Stichworte liefere. Die US-Delegation am Sitz der Vereinten Nationen müsse dem entgegenwirken, indem sie ihrerseits die Punkte, die „strongly worded criticisms of the Soviet-Communist positions" enthielten, zur Grundlage entsprechender Propagandareden und Resolutionsanträge mache. Die Anwesenheit von UNCOK sei nur insofern zu begrüßen, als sie das Interesse der westlichen Länder an Korea wachhalte und indem sie „zumindest teilweise von Delegierten kontrolliert werde, die souveräne Staaten vertreten, die den USA freundlich gesonnen sind". Dies reiche aber für die angestrebten Ziele nicht aus: „Ein Grund für den schlecht verfaßten Bericht war der Mangel an Führung in UNCOK ... Es wäre äußerst wünschenswert, wenn im Rahmen der nächsten Kommission Anstrengungen gemacht würden [was auch mit Erfolg geschah], eine den USA freundlich gesonnene Regierung zu überzeugen, einen erstklassigen Mann nach Korea zu schicken." Nur auf diesem Wege schien es möglich zu sein, maßgeblichen Einfluß auf die Abfassung der Kommissions-Berichte zu gewinnen[128].

Eine solche Einflußnahme auf UNCOK wurde um so wichtiger, je nachdrücklicher die USA sich bemühten, im Falle eines nordkoreanischen Angriffs „the onus of U.S. unilateral responsibility and action" auf die Vereinten Nationen zu übertragen und, wie die JCS bereits im Juni 1949 vorgeschlagen hatten, einem solchen Angriff durch eine kollektive „police action" im Rahmen der UN zu begegnen[129]. In diesem Sinne empfahl das State Department der südkoreanischen Regierung Ende 1949, sich mit UNCOK auf guten Fuß zu stellen. „Da die Befunde der Kommission sehr wahrscheinlich eine große Rolle bei der Entscheidung über weitere Maßnahmen der UN

[126] FRUS, 1949/VII, S. 1069, 1073. Zu solchen Wiedervereinigungsversuchen seitens der UN-Kommission ebenda, S. 1071; FRUS, 1950/VII, S. 99 ff.

[127] FRUS, 1949/VII, S. 1073.

[128] FRUS, 1948/VI, S. 1095 ff., 1125 ff., 1132 ff., 1149 ff., 1155 ff.; FRUS, 1949/VII, S. 1068 ff.; FRUS, 1950/VII, S. 357, 422.

[129] Vgl. Anm. 64.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

haben werden, wäre es wünschenswert, wenn die Regierung der Republik Korea im Falle eines größeren Angriffs ihren Kurs so eng wie möglich mit dem allgemeinen Tenor des Kommissions-Berichtes in Übereinstimmung bringen würde." Vor allem aber sollte die südkoreanische Regierung direkt an die Generalversammlung appellieren; da UNCOK von dieser eingesetzt worden sei, müsse diese – eventuell sogar in einer Sondersitzung – in die politische und militärische Verantwortung genommen werden[130].

Dies entsprach voll und ganz den fortgesetzten Bemühungen der USA, nach Wegen zur Umgehung des Sicherheitsrates zu suchen. Zwar war nach dem Ende der Griechenland-Krise die Veto-Frage etwas in den Hintergrund getreten (u.a. durch NSC-68); die am 1. Dezember 1949 auf amerikanischen Antrag von der Vollversammlung angenommene Resolution „Essentials of Peace"[131] (auf die in „Uniting for Peace" ausdrücklich Bezug genommen wurde) zeigte jedoch, daß diese Frage intern weiter mit Aufmerksamkeit verfolgt und systematisch vorangetrieben wurde. Der Erfolg dieser Politik sollte sich im Juni 1950 einstellen, als die UNCOK-Berichte den Beratungen und Resolutionen des Sicherheitsrates zugrunde gelegt wurden[132]. Befriedigt stellte Acheson am 29. Juni 1950 fest, daß „publicized presence of and reporting by UNCOK in Korea has been factor of outstanding importance in enlisting support of overwhelming majority UN Member States"[133]. Über Frankreich, das Mitglied der UNCOK war, verfügten die USA über die erforderlichen vertraulichen Kanäle, um durch Vorabinformation auch weiterhin Einfluß auf die Abfassung der Berichte an die Generalversammlung nehmen zu können[134]. Die Kenntnis der beabsichtigten Kommissions-Empfehlung, die Wiedervereinigung Koreas im Zuge der militärischen Aktionen herbeizuführen, spielte eine erhebliche Rolle in den internen amerikanischen Auseinandersetzungen über die Frage, ob der 38. Breitengrad von US-/UN-Truppen überschritten werden sollte. Nachdem einmal diese Entscheidung auf amerikanischer Seite gefallen war, konnte die Unterstützung der Verbündeten für diesen schwerwiegenden Schritt nur gewonnen werden, wenn es den USA gelang, „to translate this aim into UN objectives"[135].

Es ging Acheson jedoch abermals um mehr. Er war (gegen Einwände u.a. der Briten) entschlossen, die Gelegenheit zur Lösung nicht nur des Korea-Problems, sondern auch der Veto-Frage zu nutzen. Er fand dabei die Unterstützung Trumans, der auf die Bedenken Rusks, die Sowjets könnten die Resolution vom 26. Juni durch ihre

---

130 FRUS, 1949/VII, S. 1108.

131 FRUS, 1949/II, S. 72 ff. passim.

132 FRUS, 1950/VII, S. 145, 155, 168 f., 171 f., 207, 211, 266, 505 ff., 533 ff., 615 ff.

133 FRUS, 1950/VII, S. 232 f.

134 FRUS, 1950/VII, S. 564 f. Vgl. dazu auch FRUS, 1948/VI, S. 1083, 1094, 1106 ff.

135 FRUS, 1950/VII, S. 508, 534, 619 ff., 653 ff., 668. Zu den Auseinandersetzungen um den 38. Breitengrad vgl. vor allem S. 325 ff., passim, besonders S. 685 ff., 712 ff. Das Department of Defense äußerte am 31. 7. 1950 die Auffassung: „The situation in Korea now provides the United States and the free world with the first opportunity to displace part of the Soviet orbit"; ebenda, S. 506, ähnlich S. 620.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rückkehr in den Sicherheitsrat und durch ihr Veto blockieren, in der für ihn typischen Resolutheit antwortete: „He rather wished they would veto"[136]. Um angesichts der für den 1. August erwarteten Rückkehr[137] der Sowjets in den Sicherheitsrat weitere Rückendeckung bei den Verbündeten für ihre weitgesteckten Ziele in Korea zu gewinnen, reichten die USA am 31. Juli eine Resolution ein, die die nordkoreanische Mißachtung der bisherigen UN-Resolutionen verurteilte, alle Mitgliedsstaaten zur Einstellung jeglicher Unterstützungsleistungen an Nordkorea aufrief und eine Unterlassung sämtlicher Maßnahmen forderte, die zu einer Ausweitung des Konfliktes führen könnten[138].

Diese Resolution war ausschließlich dazu gedacht, die Sowjets als den eigentlichen Adressaten vor der Weltöffentlichkeit zu „testen" und zu einem Veto zu provozieren. Als der indische Botschafter eben diese Bedenken äußerte, erwiderte der amerikanische UN-Vertreter Austin, ein Veto „would merely signify Soviet unwillingness for Council to condemn North Korean authorities". Die Resolution solle den Sowjets lediglich die Möglichkeit bieten, „to express their true views concerning continued contempt by North Korean authorities of SC [Security Council] orders"[139]. Der Sicherheitsrat wurde jedoch während des gesamten August durch einen Streit um Verfahrensfragen blockiert, so daß die Resolution erst am 6. September durch ein Veto der Sowjetunion abgelehnt wurde. Die USA nutzten die Debatten um die Verfahrensfragen, um die Weltöffentlichkeit propagandistisch auf ihr weiteres Vorgehen einzustimmen, „to solidify unity of UN Members supporting Korean action and to win over peoples of Asia and Far East". Auf Anweisung Achesons prangerte Austin vor allem „the nature of Communism in Asia" und „the imperialism of Communism" an, stellte dem „our own espousal of freedom and independence for Asiatic peoples" gegenüber[140].

Aber bereits seit dem 28. Juni wurden die Vorbereitungen zielstrebig vorangetrieben, um die Korea-Frage notfalls vor die Generalversammlung bringen zu können. Der erste Entwurf der späteren „Uniting for Peace"-Resolution[141] lag schon am 9. August vor, also zu der Zeit, als die Sowjets zum entscheidenden Veto im Sicherheitsrat provoziert werden sollten. Diese Resolution war letztlich die Quintessenz aus den Planungen und Bestrebungen der USA in den vorangegangenen vier Jahren. Erst die Krisensituation des Sommers 1950 bot nach Aussage Achesons die „unique opportunity, utilizing lessons and psychological impact of Korean crisis, to strengthen UN system in order to meet possible future cases of aggression"[142]. Die „Uniting for

---

136 Acheson, S. 448, 450; FRUS, 1950/VII, S. 181.

137 Vgl. oben Anm. 66; FRUS, 1950/VII, S. 494 f. Zum Hintergrund vgl. Robert R. Simmons, The Strained Alliance. Peking, Pyöngyang, Moscow, and the Politics of the Korean Civil War, New York, 1975, S. 82 ff.

138 FRUS, 1950/VII, S. 502. Vgl. FRUS, 1950/II, S. 303 ff., besonders S. 306.

139 FRUS, 1950/VII, S. 524 f.

140 FRUS, 1950/VII, S. 549 ff., 535, 596, 704 f.

141 FRUS, 1950/VII, S. 225, 297, 539, 587.

142 FRUS, 1950/I, S. 138 („instrumentality"); FRUS, 1950/II, S. 315 f., ebenso S. 322, 327, wo es statt

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Peace"-Resolution, die von der Vollversammlung am 3. November 1950 (unter dem Eindruck der chinesischen Intervention in Korea) verabschiedet wurde[143], sollte nicht nur durch die nachträgliche Aufwertung des Selbstverteidigungsrechts nach Art. 51 und 52 der Charta und der nur mit symbolischen Kontingenten erweiterten US-Streitmacht in Korea das letztlich unilaterale (der UN-Resolution vom 28. Juni 1950 um wenige Stunden vorgreifende) Vorgehen der USA legitimieren, sondern zugleich auch die Gewichte innerhalb der Vereinten Nationen zugunsten der von einer überwältigenden prowestlichen Mehrheit dominierten Generalversammlung verschieben. Trotz einer früheren Warnung George Marshalls, die Mehrheitsverhältnisse könnten sich auch einmal umkehren[144], scheuten sich die USA nicht, die Vereinten Nationen als Propagandaforum gegen die Sowjetunion und als Instrument zur Durchsetzung ihres Führungsanspruches gegenüber den eigenen Verbündeten zu entwerten[145]. Die USA stellten damit nicht nur den Gründungskonsens der Weltorganisation in Frage, sondern öffneten zugleich der weiteren militärischen Eskalation des Korea-Krieges und der Verschärfung des Kalten Krieges Tür und Tor. Die Gelegenheit war jedoch zu verlockend, der Einsatz zu hoch.

IV. Korea: Herausforderung und Chance

Die Intervention der USA in Korea war als gleichsam immanente Konsequenz der Asien- und Korea-Politik vorhersehbar, und sie war dies – als Antwort auf die Herausforderung von amerikanischer „Glaubwürdigkeit" und nationalem „Prestige" – bis zu einem gewissen Grade auch unabhängig von den spezifischen Konstellationen des Kalten Krieges. Die Intervention bot jedoch zugleich die Chance, zum Abschluß eines mehrjährigen „Lernprozesses" bislang weitgehend abstrakte Planungen in praktische Politik umzusetzen, mittel- und langfristig formulierte Zielvorgaben unmittelbar und gegen nur geringe Widerstände zu realisieren:

„utilize" jeweils „capitalize" heißt. FRUS, 1951/II, S. 18, 137 („a liberal interpretation of the Charter"), 340, 959 f.

143 FRUS, 1950/I, S. 331 ff.

144 FRUS, 1947/I, S. 172.

145 Dobbs, S. 119 ff.; Buhite, S. 161 ff.; Stueck, S. 198 ff.; FRUS, 1947/V, S. 883 ff.; FRUS, 1950/VII, z. B. S. 540, 622, 667 ff., 673 f., 683 f. (NSC-80), 789 f., 821, 826, 859 ff., 1062 („the United States, acting through the United Nations"), 1143 f., 1212 ff. und passim. Das State Department lehnte alle Vorstöße aus dem Kongreß ab, die UN gegen und ohne die UdSSR umzugründen. „To the extent that US action is in harmony with UN principles it is easier to transform US-USSR struggle into an UN-USSR struggle." Über die UN würden amerikanische Ideale und Ziele anderen Nationen nahegebracht. Die UN seien daher „a solid basis for bringing US influence to bear in such distant places as Iran, Greece, Palestine, Korea, Indonesia, the Italian colonies, and the underdeveloped areas of the world". FRUS, 1950/II, S. 5, 8 f.; FRUS, 1947/I, S. 171 ff., 197, 206, 209 f., 213; FRUS, 1948/III, S. 135.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1. Indem die USA aufgrund ihrer Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg ihre Sicherheitszone global definierten, berührte jede Veränderung des Status quo ihre nationalen Sicherheitsinteressen. Daraus leiteten sie einen Interventionsanspruch ab, der das Containment einerseits als systematische Einkreisung bzw. Auskreisung der Sowjetunion, andererseits durch wirtschaftliche und politische Penetration zur Einbindung und prowestlichen Stabilisierung der Peripherie an der Nahtzone der Blöcke betrieb.
2. Die „Politik der Stärke", wie sie am ausgeprägtesten von Acheson vertreten wurde, lehnte erklärtermaßen den Dialog mit der Sowjetunion ohne militärische Überlegenheit ab. Die Antwort auf die subjektiv als steigend empfundene Bedrohung[146] war die konventionelle Abschreckung im Zeichen des absehbaren atomaren Patts: durch begrenzte Intervention und globale Aufrüstung. Dies war die Lektion der türkisch-griechischen Krise von 1946/47. Die Truman-Doktrin bedeutete weniger die Abkehr von dem klassischen „Isolationismus", sondern vielmehr die Abkehr von der Illusion, Weltmachtpolitik allein durch die Abschreckung des atomaren Monopols betreiben zu können.
3. Die Durchsetzung des amerikanischen Führungsanspruches bedurfte der politisch-moralischen Ausgrenzung der Sowjetunion mit Hilfe der einseitig prowestlichen Instrumentalisierung der Vereinten Nationen, brauchte die Demonstration militärischer Glaubwürdigkeit und Stärke zur Konterkarierung westeuropäischer Kompromißbereitschaft unter dem Eindruck sowjetischer militärischer Übermacht[147]. In letzter Konsequenz akzeptierte die Containment-Politik, indem sie die Eskalation zumindest als möglich, gar als wahrscheinlich einplante und den pragmatischen Kompromiß als eine Form von Appeasement ausschloß, immer auch ein (mehr oder weniger[148]) begrenztes Kriegsrisiko.

Zweifellos hielten die USA Korea für ein weitestgehend kalkulierbares, d.h. steuerbares Objekt begrenzter Intervention. Die politische Opportunität des Kriegsausbruches einerseits, die allzu offenkundige Instrumentalisierung des Konfliktes anderer-

---

146 Vgl. z.B. FRUS, 1950/I, S. 145 ff., 158, 197 f., 249 (NSC-68), 336 (NSC-73). Auch in Korea wurde immer wieder die Frage gestellt, ob diese oder jene krisenhafte Verschärfung den Ausbruch des Dritten Weltkrieges bedeute. FRUS, 1950/VII, S. 195, 324 ff., 346, 450 ff., 469 ff., 936, 1088, 1102, 1121. Selbst Kennan dachte fatalistisch und aggressiv zugleich: „If the Russians got into a world war now they would have stumbled in, and in the long run this might be the best situation for us." Ausgesprochene Präventivkriegspläne waren jedoch nur Außenseiterpositionen.

147 FRUS, 1950/I, S. 158, 314 f., 343 (Ch. Bohlen), 345 (Acheson). Zu den Überlegungen über die Auswirkungen atomarer Parität auf einen möglichen europäischen Neutralismus vgl. FRUS, 1949/I, S. 514 ff.; FRUS, 1948/I, 2, S. 626 f. (NSC-30).

148 Zu den fast panikartigen Reaktionen auf den chinesischen Angriff in Korea vgl. NSC-100 vom 11. Januar 1951. Das Papier beginnt mit den bezeichnenden Sätzen: „The United States is now in a war of survival. The United States is losing that war." Entsprechend drastisch waren die amerikanischen Reaktionen, die bis hin zu Überlegungen reichten, die Sowjetunion atomar anzugreifen und eine eventuelle Ausdehnung und Verschärfung des Korea-Krieges auch ohne die Vereinten Nationen allein weiterzuführen. „The free nations cannot hope to survive this war against Soviet aggression if it is continued on the basis of *defensive containment*" (Hervorhebung v. Verf.); FRUS, 1951/I, S. 7 ff.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

seits haben die Diskussion um die Kriegsschuld wach gehalten[149]. Wenn die USA sich in der Lage zeigten, innerhalb von 48 Stunden die politischen Voraussetzungen für ihr militärisches Eingreifen zu schaffen, dann hatte dies seine Grundlage darin, daß seit der türkisch-griechischen Krise die entsprechenden Denkmuster und Handlungsstrategien entwickelt worden waren. Die Griechenland- und die Korea-Krise weisen daher bemerkenswerte Übereinstimmungen in Verlauf und Krisenmanagement auf. Wenn die USA es zugleich innerhalb eines halben Jahres verstanden, ihren Führungs- und Gestaltungsanspruch als Weltmacht global durchzusetzen, so verdankten sie dies nicht nur vorausschauender Planungsarbeit (NSC-68), sondern in erster Linie dem hochbefähigten Machtpolitiker Dean Acheson.

Der Korea-Krieg brachte die USA auf den Höhepunkt ihrer Machtentfaltung und Weltgeltung; er legte aber zugleich auch den Keim für zukünftige Rückschläge. Die Sowjetunion war weder durch moralische Pressionen in den Vereinten Nationen noch durch eine Politik der militärischen Stärke kompromißbereit zu machen, sondern konnte ihrerseits den äußeren Druck zu einem Rüstungswettlauf und zur inneren Verfestigung ihres Machtbereiches nutzen. Aber auch die Westeuropäer waren langfristig nicht bereit, die machtpolitische Intransigenz und das militärische „brinkmanship", mit denen die USA die Erfolge dieser frühen Jahre erzielt hatten, mitzutragen: die Untergrabung der moralischen Autorität der Vereinten Nationen, die Ausweitung des Korea-Krieges zum chinesisch-amerikanischen Krieg, die durch die brüske Zurückweisung der Vermittlungsangebote Nehrus eingeleitete Entfremdung von der „Dritten Welt". Indem in Korea die Ziele und Strategien, die in und für Griechenland konzipiert worden waren, konsequent zu Ende gedacht und ebenso konsequent praktiziert wurden, konnte – anders als noch in Griechenland – die Differenz zu den strategischen Interessen, die Diskrepanz zu den (innen)politischen Konstellationen, die Distanz zu den historischen Erfahrungen der Westeuropäer deutlich werden. Nicht die Dominanz durch das Bündnis, sondern die Kooperation im Bündnis[150] hätte über die Ära Truman/Eisenhower hinaus die solidarische Unterordnung der Europäer unter den amerikanischen Führungsanspruch gewährleisten können. Die Erfolge von Korea verhalfen jedoch einem außenpolitischen Stil zum Durchbruch, der langfristig die (moralische) „Glaubwürdigkeit" und das (politische) „Prestige" aufs Spiel setzte, die durch Korea hatten (wieder)gewonnen und stabilisiert werden sollen.

Korea wurde nicht Griechenland. Und Vietnam wurde nicht Korea.

---

[149] Zur älteren Kriegsschulddiskussion vgl. Chungho Choe, Der Ausbruch des Koreakrieges im Spiegel der Ost- und Westberliner Tageszeitungen, Phil. Diss. FU Berlin 1969; Jürgen Rohwer, Die kommunistische Geschichtsschreibung und der Ausbruch des Korea-Krieges 1950, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 15, 1965, S. 375–400. Eine sehr interessante Variante bei Simmons, S. 102 ff. Sehr knapp Buhite, S. 169 f.; Dobbs, S. 189 f. Vgl. dazu auch meine Besprechung der relevanten FRUS-Bände in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 25, 1979, H. 1, S. 238 ff.

[150] Vgl. Griffith, S. 110.

Jahrgang 32 (1984), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1984_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte